

HELGE SODAN

Freie Berufe
als Leistungserbringer
im Recht der gesetzlichen
Krankenversicherung

Jus Publicum

20

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 20



Helge Sodan

Freie Berufe als Leistungserbringer
im Recht der gesetzlichen
Krankenversicherung

Ein verfassungs- und verwaltungsrechtlicher Beitrag
zum Umbau des Sozialstaates

Mohr Siebeck

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Sodan, Helge:

Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung:
ein verfassungs- und verwaltungsrechtlicher Beitrag zum Umbau des Sozialstaates /
Helge Sodan. – Tübingen: Mohr, 1997

(Jus publicum; Bd. 20)

ISBN 3-16-146729-9

978-3-16-158069-7 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1997 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Typographic in Dettingen aus der Garamond Antiqua belichtet, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefem gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

*Meinen Eltern
in großer Dankbarkeit*

Vorwort

Die gesetzliche Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich in einer schweren Krise. Alarmierender Beleg dafür war die Meldung, daß diese Versicherung das erste Halbjahr 1996 mit einem Defizit von über sieben Milliarden DM abgeschlossen hat. Die sogenannte dritte Stufe der Gesundheitsreform mußte, soweit das vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetzeswerk der Zustimmung seitens des Bundesrates bedarf, im Sommer 1996 als politisch gescheitert gelten. Dringend geboten ist – nicht nur aus fiskalischen, sondern auch aus verfassungsrechtlichen Gründen – eine tiefgreifende Reform der gesetzlichen Krankenversicherung. Die vorliegende Schrift soll dazu einen Beitrag leisten, speziell durch eine kritische Untersuchung der Art und Weise, wie nach gegenwärtigen sozialgesetzlichen Bestimmungen »freie« heilkundliche Berufe – besonders Ärzte und Zahnärzte – als Leistungserbringer in die gesetzliche Krankenversicherung eingebunden sind.

Diese Arbeit ist die aktualisierte Fassung meiner Habilitationsschrift, die unter dem Titel »Freie Berufe im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung« im Sommersemester 1996 von der Juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg angenommen wurde. Den Herrn Professoren *Dr. Karl Albrecht Schachtschneider* und *Dr. Walter Leisner* bin ich für die jeweils in kürzester Zeit erfolgte sehr wohlwollende Begutachtung der Habilitationsschrift überaus dankbar. Ferner gilt mein Dank für die Förderung des zügig durchgeführten Habilitationsverfahrens allen Professoren der Fakultät, besonders dem Dekan, Herrn Professor *Dr. Harald Siems*, und Herrn Professor *Dr. Richard Bartlsperger*. Herzlich zu danken habe ich auch der Leiterin des Dekanats, Frau *Iris Anderka*, für wertvolle verwaltungstechnische Betreuung des Habilitationsverfahrens. Außerdem möchte ich den Umstand hervorheben, daß mir am Nürnberger Lehrstuhl für Öffentliches Recht im Institut für Wirtschaftsrecht in angenehmer persönlicher Atmosphäre sehr gute Arbeitsbedingungen zur Fertigstellung der Habilitationsschrift ermöglicht wurden.

Dem Verlag J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) und besonders Herrn *Dr. Franz-Peter Gillig* danke ich sehr für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe »JUS PUBLICUM«.

Erlangen/Nürnberg, im August 1996

Helge Sodan

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Erläuterung zur Zitierweise	XXIV
Einleitung	1
<i>Erster Teil: »Freier Beruf« als Typusbegriff</i>	<i>13</i>
Erstes Kapitel: Historische Entwicklung des Freien Berufs	15
Zweites Kapitel: Eingang des »Freien Berufs« in die Rechtssprache	26
Drittes Kapitel: Versuche einer Definition des »Freien Berufs«	36
Viertes Kapitel: Zur Diskussion über den Freiheitsbegriff des Grundgesetzes	47
Fünftes Kapitel: Typische Merkmale des Freien Berufs	63
<i>Zweiter Teil: Rechtsstellung »freier« heilkundlicher Berufe im System der gesetzlichen Krankenversicherung</i>	<i>91</i>
Erstes Kapitel: Vertragsärzte und Vertragszahnärzte	94
Zweites Kapitel: Apotheker	196
Drittes Kapitel: Leistungserbringer von Heilmitteln	208
<i>Dritter Teil: Ausgewählte Verfassungsprobleme betreffend Vertrags(zahn)ärzte</i>	<i>215</i>
Erstes Kapitel: Zulassungsbeschränkungen	221
Zweites Kapitel: Beschränkungen der Weitergabe einer Praxis oder eines Praxisanteils	251
Drittes Kapitel: Höchstaltersgrenze von 68 Jahren	267
Viertes Kapitel: »Kollektiver Verzicht auf die Zulassung«	273

Fünftes Kapitel: Degressiver Punktwert in der vertragszahnärztlichen Versorgung	281
<i>Vierter Teil: Zur Neugestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung</i>	305
Erstes Kapitel: Zur Verfassungsmäßigkeit eines eigenständigen Vertrags(zahn)arztrechts	306
Zweites Kapitel: Folgerungen für die Einbindung anderer »freier« heilkund- licher Berufe in die gesetzliche Krankenversicherung	322
Drittes Kapitel: Zum Versichertenkreis	323
Viertes Kapitel: Zum Leistungsumfang	337
<i>Fünfter Teil: Zusammenfassung in Leitsätzen</i>	343
Literaturverzeichnis	348
Sachregister	391

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Erläuterung zur Zitierweise	XXIV

<i>Einleitung</i>	1
-------------------------	---

Erster Teil

»Freier Beruf« als Typusbegriff

<i>Erstes Kapitel: Historische Entwicklung des Freien Berufs</i>	15
I. Rückgriff auf antike Vorstellungen	15
II. Entwicklungen im Mittelalter	17
III. Kampf um die »Freiheit vom Staatszwang« im 18. und	
19. Jahrhundert	19
1. Staatliche Inpflichtnahme von Anwälten, Ärzten und Apothekern	19
2. Entstehung »Freier Berufe« im frühliberalen Staat	22
<i>Zweites Kapitel: Eingang des »Freien Berufs« in die Rechtssprache</i>	26
I. Deutsches Recht	26
1. Steuerrecht	26
2. Gesellschaftsrecht	27
3. Baurecht	29
4. Recht der Industrie- und Handelskammern	29
5. Spezielle Berufsgesetze	30
a) Rechts- und wirtschaftsberatende Berufe	30
b) Seelotsen	30
c) Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure	31
d) Heilberufe	34
II. Europäisches Gemeinschaftsrecht	35
<i>Drittes Kapitel: Versuche einer Definition des »Freien Berufs«</i>	36
I. Erläuterungen zum »Freien Beruf« in der 1. Hälfte des	
20. Jahrhunderts	37

1. Reichsfinanzhof	37
2. Theodor Heuss	38
3. Sigbert Feuchtwanger	39
II. Bemühungen um eine Definition des »Freien Berufs« in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts	40
1. Versuche einer »gegliederten Begriffsbildung«	40
a) J. F. Volrad Deneke	40
b) Eugen Fleischmann	41
c) Differenzierungen in der Gesetzessprache	42
2. Bemühungen um eine Definition eines »Einheitsbegriffs« des Freien Berufs	43
a) J. F. Volrad Deneke	43
b) Weitere Definitionsversuche	44
<i>Viertes Kapitel: Zur Diskussion über den Freiheitsbegriff des Grundgesetzes</i>	47
I. Materiale Freiheitskonzeption	48
1. Dominanz des liberalen Grundrechtsverständnisses	48
2. Objektive Dimension der Grundrechte als Ergänzung zur Abwehrfunktion	51
II. Formale Freiheitskonzeption	54
1. Ablehnung einer Trennung von Staat und Gesellschaft	54
2. Das Sittengesetz als Schlüsselbegriff der Verfassung	55
3. Äußere und innere Freiheit in wechselseitiger Bedingung	56
4. Freiheitlichkeit als Gesetzlichkeit	57
5. Keine Regelungskompetenz des Gesetzgebers in bezug auf höchstpersönliche Entscheidungen des Menschen	58
6. Verhältnismäßigkeitsprinzip als materialer Kontrollmaßstab	59
III. Konsequenzen für die Bestimmung des »Freien Berufs«	60
1. Nach der materialen Freiheitskonzeption	60
2. Nach der formalen Freiheitskonzeption	61
3. Ergebnis	62
<i>Fünftes Kapitel: Typische Merkmale des Freien Berufs</i>	63
I. Unterscheidung von Klassenbegriff und Typusbegriff	63
II. Charakteristische Merkmale für den Typusbegriff »Freier Beruf«	66
1. Persönlicher Einsatz bei der Berufsausübung	67
2. Erwartung altruistischer Berufseinstellung	70
3. Verbot berufswidriger Werbung	73
4. Erfordernis einer qualifizierten Ausbildung und/oder einer schöpferischen Befähigung für die Berufsausübung	77
5. Besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Freiberufler und Auftraggeber bzw. Patienten	79

6. Weisungsunabhängigkeit und Selbstverantwortung	81
7. Wirtschaftliche Selbständigkeit	83
8. Erbringung ideeller Leistungen und Lieferungen	86
9. Errichtung von Kammern mit den Befugnissen zur Rechtsetzung und zur Ausübung einer Berufsgerichtsbarkeit	87

Zweiter Teil

Rechtsstellung »freier« heilkundlicher Berufe im System der gesetzlichen Krankenversicherung

<i>Erstes Kapitel: Vertragsärzte und Vertragszahnärzte</i>	94
I. Vertrags(zahn)ärzte als Angehörige des öffentlichen Dienstes?	95
1. Begriff des öffentlichen Dienstes	96
2. Fehlen von Dienstverhältnissen	98
II. Vertrags(zahn)ärzte als Beliehene?	102
1. Überblick über den Meinungsstand zur Beleihung	103
a) Die Lehre Otto Mayers vom Rechtsinstitut der »Verleihung eines öffentlichen Unternehmens«	103
b) Anerkannte Aspekte der Beleihung	104
c) Streit um den möglichen Gegenstand einer Beleihung	106
2. Formalität der staatlichen Aufgabe	109
a) Unterschiedliche Begrifflichkeit in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	109
b) Begriff der öffentlichen Aufgabe	110
c) Zu den Bemühungen um eine materiale Bestimmung staatlicher Aufgaben	112
3. Formale Abgrenzung auch des Privaten vom Staatlichen	116
4. Folgerungen für den Anwendungsbereich der Beleihung	117
5. Staatliche Aufgaben und Befugnisse in bezug auf (zahn)ärztliche Behandlung	119
a) Begründung des Naturalleistungsprinzips	119
b) Zur Verpflichtung der Krankenkassen	125
c) Die Verteilung der Befugnisse in bezug auf (zahn)ärztliche Behandlung und Folgerungen für die Frage einer Beleihung von Vertrags(zahn)ärzten	133
III. Vertrags(zahn)ärzte als Angehörige eines »staatlich gebundenen Berufs«	136
1. »Staatlich gebundene Berufe« in der Lehre von Heinrich Triepel	137
2. »Staatlich gebundene Berufe« in der Rechtsprechung des Bundes- verfassungsgerichts	138
3. Folgerungen für die Vertrags(zahn)ärzte	144
IV. Vertrags(zahn)ärzte als »Freiberufler«?	147
1. Beruf und Berufsbild in der Rechtsprechung des Bundesverfassungs- gerichts	148

2. (Zahn)ärztlicher Beruf im weiteren und engeren Sinne	152
3. Gefährdungen der Freiberuflichkeit vertrags(zahn)ärztlicher Tätigkeit durch die Sozialgesetzgebung	157
4. Vorliegen typischer Merkmale freiberuflicher Tätigkeit	161
V. Vertrags(zahn)ärzte als Erfüllungsgehilfen des Staates?	165
1. Gewähr der Vertragszahnärzte für Füllungen und Zahnersatz	165
2. Haftung der Vertrags(zahn)ärzte für schuldhaftige Behandlungsfehler wegen positiver Forderungsverletzung	166
3. Unmittelbare Haftung der Krankenkasse für schuldhaftige Behandlungs- fehler wegen positiver Forderungsverletzung in Verbindung mit § 278 BGB analog?	169
a) Ableitung der positiven Forderungsverletzung im öffentlichen Recht	170
b) Vertrags(zahn)ärzte als Erfüllungsgehilfen der Krankenkassen?	171
c) Ausschluß der Haftung der Krankenkasse durch § 76 Abs. 4 SGB V?	178
4. Mittelbare Haftung der Krankenkasse für schuldhaftige Behandlungs- fehler wegen positiver Forderungsverletzung in Verbindung mit Art. 34 Satz 1 GG?	180
a) Positive Forderungsverletzung als Haftungsbegründung	180
b) Haftungsverlagerung nach Art. 34 Satz 1 GG	181
5. Mittelbare Haftung der Krankenkasse für schuldhaftige Behandlungs- fehler gemäß § 839 BGB in Verbindung mit Art. 34 Satz 1 GG?	190
6. Naturalleistungsprinzip als Vermittlungspflicht	192
7. Folgerungen in bezug auf die Freiberuflichkeit	193
VI. Zusammenfassung	195
<i>Zweites Kapitel: Apotheker</i>	196
I. Kein Erfordernis spezieller Zulassung zur Leistungserbringung für die gesetzliche Krankenversicherung	196
II. Apotheker als Beliehene oder Angehörige eines »staatlich gebundenen Berufs«?	197
III. Selbständige Apotheker als »Freiberufler«	198
<i>Drittes Kapitel: Leistungserbringer von Heilmitteln</i>	208
I. Verschiedene Berufsgruppen	209
II. Erfordernis spezieller Zulassung zur Leistungserbringung für die gesetzliche Krankenversicherung	211
III. Leistungserbringer von Heilmitteln als Freiberufler	212

Dritter Teil

Ausgewählte Verfassungsprobleme
betreffend Vertrags(zahn)ärzte

<i>Erstes Kapitel: Zulassungsbeschränkungen</i>	221
I. Sozialrechtliches Instrumentarium	221
1. Festlegung einer Altersgrenze	221
2. Bedarfsplanung und -zulassung nach § 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9, § 101, § 103 Abs. 1 bis 3 und 5 sowie § 104 Abs. 2 SGB V in Verbindung mit den Zulassungsverordnungen	221
a) Bedarfsplanungs-Richtlinien der Bundesausschüsse	222
b) Anordnung von Zulassungsbeschränkungen durch die Landes- ausschüsse	223
c) Entscheidungen der Zulassungsausschüsse	225
3. Übergangsregelung in Art. 33 § 3 Abs. 1 und 4 GSG	226
4. Bedarfszulassung nach § 102 SGB V	226
II. Berufsausübungsregelungen mit erheblicher Wirkungsintensität	227
1. Verstoß gegen Parlamentsvorbehalt und Bestimmtheitsgebot	229
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen	229
b) Folgerungen bezüglich der Regelung der Überversorgung in § 101 SGB V	231
2. Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	233
a) Zur Geeignetheit der Maßnahmen	236
b) Zur Erforderlichkeit der Maßnahmen	244
c) Zur Zumutbarkeit der Maßnahmen (Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne)	246
3. Ergebnis	250
<i>Zweites Kapitel: Beschränkungen der Weitergabe einer Praxis oder eines Praxisanteils</i>	251
I. Sozialgesetzliches Instrumentarium	251
II. Verletzung von Eigentums- und Erbrechtsgarantie	252
1. Verfassungsrechtlicher Schutz des Betriebseigentums	253
2. Verfassungsrechtlicher Schutz der Verfügungsbefugnis	254
3. Eigentums- und Erbrechtsschutz sozialversicherungsrechtlicher Positionen	256
4. Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	258
a) Anknüpfung an Bedarfsregelungen	259
b) Sicherung der Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung?	260
c) Schutz der »Volksgesundheit«?	261
d) Schutz der Bewerber vor ungerechtfertigt erhöhten Kaufpreisen? ..	261
e) »Belohnung« für Geduld beim Warten auf einen Vertrags(zahn)arztsitz?	263
f) Verstärkung des Grundrechtsschutzes durch Art. 6 Abs. 1 GG	265
5. Ergebnis	266

<i>Drittes Kapitel: Höchstaltersgrenze von 68 Jahren</i>	267
I. Sozialgesetzliche Regelung	267
II. Verletzung der Berufsausübungsfreiheit und Eigentumsgarantie	267
III. Ergebnis	272
<i>Viertes Kapitel: »Kollektiver Verzicht auf die Zulassung«</i>	273
I. Sozialgesetzliches Instrumentarium	273
II. Verletzung der Berufsausübungsfreiheit und Eigentumsgarantie	274
1. Verzicht auf die Zulassung als Pflichtwidrigkeit?	275
2. Vergütungsbeschränkungen	276
3. Befristete Wiederzulassungssperre	277
4. Ergebnis	280
<i>Fünftes Kapitel: Degressiver Punktwert in der vertragszahnärztlichen Versorgung</i>	281
I. Sozialrechtliches Instrumentarium	281
1. Grundstrukturen des Vergütungssystems	281
2. Regelung des degressiven Punktwerts	283
3. Regelung des Honorarflusses zwischen den Krankenkassen und den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen	284
4. Auswirkungen auf den Vergütungsanspruch des Vertragszahnarztes	286
II. Verstoß gegen das Bestimmtheitsprinzip und den Parlamentsvorbehalt	287
III. Verletzung der Berufsausübungsfreiheit und der Eigentumsgarantie	289
1. Art. 12 Abs. 1 GG als betroffene Grundrechtsnorm	290
2. Einschlägigkeit der Eigentumsgarantie	293
3. Verstoß gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	293
a) Zur Eignung der Maßnahmen	293
b) Zur Zumutbarkeit der Maßnahmen	297
4. Ergebnis	300
IV. Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz	301
1. Erfordernis der Rechtfertigung ungleicher Behandlung	301
2. Folgerungen für die Bestimmungen über den degressiven Punktwert	302

Vierter Teil

Zur Neugestaltung der gesetzlichen
Krankenversicherung

<i>Erstes Kapitel: Zur Verfassungsmäßigkeit eines eigenständigen Vertrags(zahn)arztrechts</i>	306
I. Grundsatz des Vorrangs privater Lebensgestaltung	306
II. Rechtfertigung des Naturalleistungsprinzips?	310
1. Sozialpolitischer Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers?	311
2. Gewährleistung einer ausreichenden medizinischen Versorgung der Versicherten?	313
3. Schutz der Versicherten vor finanzieller Vorleistung?	313
4. Kostensteuerung zur Sicherung der Finanzierbarkeit der gesetzlichen Krankenversicherung?	314
III. Konsequenzen für das System (zahn)ärztlicher Versorgung	319
<i>Zweites Kapitel: Folgerungen für die Einbindung anderer »freier« heilkundlicher Berufe in die gesetzliche Krankenversicherung</i>	322
<i>Drittes Kapitel: Zum Versichertenkreis</i>	323
I. Tendenz zur »Volksversicherung«	323
II. Verfassungsrechtliche Aspekte	325
1. Zulässigkeit einer Pflichtversicherung	325
2. Reduzierung der Pflichtversicherungsgrenze	328
3. Verfassungswidrigkeit der Familienversicherung	334
<i>Viertes Kapitel: Zum Leistungsumfang</i>	337
I. Ausgrenzung krankenversicherungsfremder Leistungen	337
II. Ausgliederung beeinflussbarer Gesundheitsrisiken	339
III. Reduzierung auf eine Grundsicherung	340
<i>Fünfter Teil: Zusammenfassung in Leitsätzen</i>	343
Literaturverzeichnis	348
Sachregister	391

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
ABl. des Saarl.	Amtsblatt des Saarlandes
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
Ärzte-ZV	Zulassungsverordnung für Vertragsärzte
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
AN	Amtliche Nachrichten für Reichsversicherung
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ApBetrO	Apothekenbetriebsordnung
ApG	Gesetz über das Apothekenwesen
ArbuR	Arbeit und Recht
Art.	Artikel
ArztR	Arztrecht
Aufl.	Auflage
BABl.	Bundesarbeitsblatt
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BAnz.	Bundesanzeiger
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BayGVBl.	Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVGH (N. F.)	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs mit Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, des Bayerischen Dienststrafhofs und des Bayerischen Gerichtshofs für Kompetenzkonflikte
BB	Der Betriebs-Berater
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd.	Band
Bema	Einheitlicher Bewertungsmaßstab für zahnärztliche Leistungen
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKK	Die Betriebskrankenkasse

BMV-Z	Bundesmantelvertrag-Zahnärzte
BNotO	Bundesnotarordnung
BRAK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Breith.	Breithaupt, Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht
BRRG	Beamtenrechtsrahmengesetz
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BStBl.	Bundessteuerblatt
BT-Ausschuß	Ausschuß des Deutschen Bundestages
BT-Drucks.	Drucksache des Deutschen Bundestages
BT-Plenarprotokoll	Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages
Buchst.	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BZÄK	Bundeszahnärztekammer
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich Soziale Union
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
dems.	demselben
dens.	denselben
ders.	derselbe
dies.	dieselben
Diss.	Dissertation
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DOK	Die Ortskrankenkasse
Doppelbuchst.	Doppelbuchstabe
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte
EGH	Ehrengerichtshof
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EhrenG	Ehrengericht
EMRK	(Europäische) Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
Ersk.	Die Ersatzkasse
EStG 1990	Einkommensteuergesetz 1990
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuR	Europarecht
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f.	folgende (Seite)
F.D.P.	Freie Demokratische Partei
ff.	folgende (Seiten)
FG	Finanzgericht

Fn.	Fußnote
GBI.	Gesetzblatt
GBI. f. BW	Gesetzblatt für Baden-Württemberg
Gesamthrsrg.	Gesamtherausgeber
GewArch.	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GKV	Gesetzliche Krankenversicherung
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte
GOZ	Gebührenordnung für Zahnärzte
GRG	Gesundheits-Reformgesetz
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GSG	Gesundheitsstrukturgesetz
GVBl. f. Bln.	Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin
GVBl. f. das Land BGG	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Brandenburg
GVBl. f. das Land Hessen	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen
GVBl. f. das Land NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
GVBl. f. das Land Rh.-Pf.	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Rheinland-Pfalz
GVBl. f. das Land Thüringen	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Thüringen
GVBl. LSA	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt
GVOBl. M-V	Gesetz- und Verordnungsblatt für Mecklenburg- Vorpommern
GVOBl. Schl.-H.	Gesetz- und Verordnungsblatt für Schleswig-Holstein
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Halbbd.	Halbband
Halbs.	Halbsatz
HGB	Handelsgesetzbuch
HKaG	(Bayerisches) Heilberufe-Kammergesetz
Hmb. GVBl.	Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland
insbes.	insbesondere
JA	Juristische Arbeitsblätter
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JR	Juristische Rundschau
Jur. Diss.	Juristische Dissertation
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KVD	Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands
KVG	Gesetz betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter
LandesberufsG	Landesberufsgericht
LG	Landgericht
LS	Leitsatz
LSG Bad.-Württ.	Landessozialgericht Baden-Württemberg
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht

MedR	Medizinrecht
MPhG	Masseur- und Physiotherapeutengesetz
Nachw.	Nachweis(e)
N. F.	Neue Folge
n. F.	neue Fassung
Nieders. GVBl.	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NW	Nordrhein-Westfalen
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
ÖbVI-BO	(Berliner) Verordnung über den Beruf des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs
OLG	Oberlandesgericht
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE Bln.	Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts Berlin
PartGG	Partnerschaftsgesellschaftsgesetz
PKV	Private Krankenversicherung
PrGS	Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten
PrOVGE	Entscheidungen des Preußischen Oberverwaltungsgerichts
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RdA	Recht der Arbeit
RFHE	Sammlung der Entscheidungen und Gutachten des Reichsfinanzhofs
RG	Reichsgericht
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RiA	Das Recht im Amt
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache
RStBl.	Reichssteuerblatt
RT-Drucks.	Drucksache des Reichstages
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Seite(n)
SächsGVBl.	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter
SG	Sozialgericht
SGB	Sozialgesetzbuch
SGb.	Die Sozialgerichtsbarkeit
Slg.	Sammlung
SozR	Sozialrecht. Rechtsprechung und Schrifttum, bearbeitet von den Richtern des Bundessozialgerichts
SozVers.	Die Sozialversicherung
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StGB	Strafgesetzbuch
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
TVG	Tarifvertragsgesetz
u. a.	und andere, unter anderem
Urt.	Urteil
v.	vom
Verf.	Verfasser

VermGBln	Gesetz über das Vermessungswesen in Berlin
VersR	Versicherungsrecht
VerwArch.	Verwaltungsarchiv
VfGH	Verfassungsgerichtshof
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkungen
VSSR	Vierteljahresschrift für Sozialrecht
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WertV	Wertermittlungsverordnung
WiVerw.	Wirtschaft und Verwaltung
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WRV	Verfassung des Deutschen Reichs (Weimarer Reichsverfassung)
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
Zahnärzte-ZV	Zulassungsverordnung für Vertragszahnärzte
z. B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZfS	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
ZM	Zahnärztliche Mitteilungen
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Sozialreform

Erläuterung zur Zitierweise

Soweit in Fußnoten auf andere Fußnoten ohne Angabe der dazugehörigen Seitenzahl verwiesen wird, sind die Fußnoten aus demselben Teil der Schrift gemeint. Der Orientierung dient die jeweilige Kopfleiste, welche den Teil bezeichnet, von dem aus der Hinweis erfolgt. Wenn auf Fußnoten eines anderen Teils Bezug genommen wird, ist die betreffende Seitenzahl mit angegeben.

Einleitung

»Der Deutsche Bundestag bejaht die wirtschaftliche und soziale Bedeutung der freien Berufe im demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Die freien Berufe erbringen unentbehrliche Dienstleistungen für den einzelnen Bürger und die Volkswirtschaft. Sie tragen so wesentlich zur Erhaltung und Sicherung des Freiheitsraumes und damit auch zur Lebensqualität des einzelnen bei. Eine Vielzahl unabhängig freiberuflich Tätiger ist ein wesentlicher Faktor im Wirtschafts- und Arbeitsleben unseres Landes. Die Sicherung bestehender sowie die Förderung neuer selbständiger freiberuflicher Existenzen liegen daher im gesamtwirtschaftlichen Interesse. ... Der Deutsche Bundestag sieht das große Potential an qualifizierten Nachwuchskräften, die in den kommenden Jahren auf den Arbeitsmarkt treten werden, als eine Chance für die freien Berufe an. Die wachsende Zahl derer, die – entsprechend ausgebildet – an diesen Berufen interessiert sind, darf nicht dazu verleiten, über restriktive Regelungen der Berufszulassung und -ausübung den Zugang in die freien Berufe steuern zu wollen oder nach Aus- und Fortbildungsbeschränkungen zu suchen. Dies wäre nicht nur mit den in Artikel 12 GG verbrieften Grundrechten der freien Wahl von Beruf und Ausbildungsstätte unvereinbar; es würde auch bedeuten, daß diese Chance einer Stärkung der freien Berufe, für die z. T. lange Zeit Nachwuchssorgen bestanden, ungenutzt bliebe.«¹

Dieses Bekenntnis zu den Freien Berufen, welches ein einschlägiger Berufsverband kaum deutlicher hätte formulieren können, befindet sich in einer Entschlie-ßung, die der Deutsche Bundestag am 12. Juni 1980 *einstimmig* angenommen hat. Rund zwölfteinhalb Jahre später hat der Bundestag in das zwar nicht einstimmig, aber mit großer Mehrheit beschlossene Gesetz zur Sicherung und Strukturverbeserung der gesetzlichen Krankenversicherung (Gesundheitsstrukturgesetz) vom 21. Dezember 1992² (nachfolgend verwandte Abkürzung: GSG) Regelungen auf-genommen, welche mit den im Jahre 1980 formulierten Grundsätzen und der damps vertretenen Rechtsauffassung in bezug auf Art. 12 GG kaum vereinbar scheinen. Gemeint sind Vorschriften, die das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung betreffen und insbesondere das Fünfte Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) ändern. Dieses Fünfte Buch ist durch Art. 1 des Gesetzes zur Strukturreform im

¹ Siehe BT-Plenarprotokoll 8/220, S. 17778 (D) sowie Beschlussempfehlung und Bericht des BT-Ausschusses für Wirtschaft vom 22. Mai 1980 zum Bericht der Bundesregierung über die Lage der freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland (BT-Drucks. 8/3139) und zum Entschlie-ßungsantrag der Abgeordneten Hauser (Krefeld) sowie anderer und der Fraktion der CDU/CSU zu der Beratung des Berichts der Bundesregierung über die Lage der freien Berufe in der Bun-desrepublik Deutschland (BT-Drucks. 8/3276), BT-Drucks. 8/4154 (neu), S. 2 f. Nr. I 2 und 7.

² BGBl. I, S. 2266.

Gesundheitswesen (Gesundheits-Reformgesetzes – GRG) vom 20. Dezember 1988³ in das Sozialgesetzbuch eingefügt worden.⁴ Zahlreiche Bestimmungen der wiederholt geänderten Reichsversicherungsordnung vom 19. Juli 1911⁵ (RVO) wurden dabei inhaltlich übernommen; einige Neuregelungen traten hinzu. Der seinerzeit zuständige Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, *Norbert Blüm*, hatte das Reformgesetz aus dem Jahre 1988 noch als »Jahrhundertwerk« gepriesen⁶. Schon knapp vier Jahre später hielten die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. eine erneute grundlegende Reform des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung für unverzichtbar: Angesichts der »dramatischen Kostenentwicklung« in allen Bereichen der gesetzlichen Krankenversicherung seien »Sofortmaßnahmen« erforderlich, die »zur Sicherung der finanziellen Grundlagen der GKV beitragen und Beitragssatzstabilität gewährleisten« sollten⁷. Diese Überzeugung hat Ende 1992 zur Verabschiedung des Gesundheitsstrukturgesetzes geführt, in welchem der Präsident der Bundesärztekammer und des Ärztetages, *Karsten Vilmar*, die einschneidendsten Veränderungen des Gesundheitssystems seit Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung im Jahre 1883 angelegt sieht⁸.

Der zwischen der CDU, CSU und F.D.P. am 11. November 1994 abgeschlossene Koalitionsvertrag über die Schwerpunkte der Bundesregierung in der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages enthält die Ankündigung einer Fortsetzung der »Reform des Gesundheitswesens durch eine dritte Stufe«⁹. Zahlreiche Stellungnahmen von Politikern aus der jüngeren Zeit lassen erkennen, daß das Gesundheits-Reformgesetz von 1988 als erste Stufe und das Gesundheitsstrukturgesetz von 1992 als zweite Stufe einer nunmehr als Einheit angesehenen Reform der gesetzlichen Krankenversicherung begriffen werden. Damit soll offenbar der Eindruck einer langfristigen, wohldurchdachten Strategie zur Verbesserung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung erweckt werden. Für den Krankenhausbereich haben die Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. am 22. November 1995 im Deutschen Bundestag Entwürfe eines Gesetzes zur Stabilisierung der Krankenhausaufgaben 1996¹⁰ und eines Gesetzes zur Neuordnung der Kranken-

³ BGBl. I, S. 2477. Siehe zu diesem Gesetz etwa *K.-J. Bieback* (Hrsg.), *Das Gesundheits-Reformgesetz – Eine gescheiterte Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung?*, 1992.

⁴ Das SGB V ist zuletzt geändert worden durch Art. 3 des Ersten SGB XI-Änderungsgesetzes vom 14. Juni 1996 (BGBl. I, S. 830 [838]).

⁵ RGBl., S. 509.

⁶ In einer Informationssendung des ZDF zur Gesundheitsreform vom 24. Januar 1989.

⁷ Siehe den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. betreffend das später beschlossene GSG, BT-Drucks. 12/3608, S. 1.

⁸ In einer Rede vor dem 96. Deutschen Ärztetag am 4. Mai 1993 in Dresden, zitiert nach dem Bericht mit der Überschrift »Vilmar: Leistungskatalog straffen« in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 5. Mai 1993, S. 5.

⁹ Zitiert nach dem auszugsweisen Abdruck des Koalitionsvertrages in BKK 1994, S. 750. Siehe dazu etwa *P. Hoffacker*, Stagnation in der Gesundheitspolitik?, in: BKK 1995, S. 2 ff.; vgl. in diesem Zusammenhang ferner *M. Zipperer*, Entwicklungstrends in der Gesundheitspolitik – Reformvorhaben in der 13. Legislaturperiode, in: Ersk. 1995, S. 41 ff.

¹⁰ BT-Drucks. 13/3061.

hausfinanzierung 1997¹¹ eingebracht. Auf der Grundlage der »Eckpunkte« einer »Koalitionsarbeitsgruppe zur Gesundheitsreform im ambulanten Bereich« vom 18. Dezember 1995 haben die soeben genannten Fraktionen ferner den Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Strukturreform in der gesetzlichen Krankenversicherung¹² beschlossen und am 30. Januar 1996 dem Deutschen Bundestag vorgelegt; in der Begründung¹³ heißt es, dieser Gesetzentwurf bilde zusammen mit dem Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung 1997 »das Konzept zur Weiterentwicklung der sozialen Krankenversicherung«. Ein ebenfalls am 30. Januar 1996 im Deutschen Bundestag durch die Fraktion der SPD eingebrachter Entwurf eines Zweiten Gesundheitsstrukturgesetzes¹⁴ betrifft sowohl den ambulanten als auch den stationären Bereich.

Die soeben genannten Gesetzentwürfe befinden sich mit Ausnahme des Entwurfs eines Gesetzes zur Stabilisierung der Krankenhausausgaben 1996 gegenwärtig (d. h. am 15. August 1996) noch im Gesetzgebungsverfahren. Beschlossen und verkündet ist bislang lediglich das Gesetz zur Stabilisierung der Krankenhausausgaben 1996 vom 29. April 1996¹⁵, das nach seinem § 4 rückwirkend am 1. Januar 1996 in Kraft getreten und auf ein Jahr befristet ist; es schreibt vor, daß die Erlöse der Krankenhäuser im Jahre 1996 nicht höher sein dürfen als die lineare Steigerungsrate der Vergütung nach dem Bundes-Angestelltentarifvertrag. Der Deutsche Bundestag hat jeweils in seiner Sitzung am 24. Mai 1996 den Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung der Strukturreform in der gesetzlichen Krankenversicherung und den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung 1997 in den Fassungen der Beschlußempfehlungen des Ausschusses für Gesundheit¹⁶ angenommen¹⁷. Der Bundesrat dagegen hat in seiner Sitzung am 14. Juni 1996 in bezug auf diese beiden vom Bundestag beschlossenen Gesetze den Vermittlungsausschuß angerufen¹⁸. Dies gilt auch für den von den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. am 10. Mai 1996 eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung¹⁹, der vom Bundestag am 28. Juni 1996 in der Fassung der Beschlußempfehlung des Ausschusses für Gesundheit²⁰ angenommen wurde²¹, zu dem der Bundesrat aber in seiner Sitzung am 19. Juli 1996 den Vermittlungsausschuß angerufen hat²². Die aktuelle Bedeutung der gesetzlichen Krankenversicherung in der Bundesrepublik

¹¹ BT-Drucks. 13/3062.

¹² BT-Drucks. 13/3608. Siehe zu diesem Gesetzentwurf näher S. 123 f.

¹³ BT-Drucks. 13/3608, S. 15.

¹⁴ BT-Drucks. 13/3607.

¹⁵ BGBl. I, S. 654.

¹⁶ Siehe BT-Drucks. 13/4691; 13/4693.

¹⁷ Siehe Plenarprotokoll 13/108, S. 9582 (D); S. 9583 (A).

¹⁸ Siehe Plenarprotokoll 698, S. 259 (C).

¹⁹ Siehe BT-Drucks. 13/4615.

²⁰ Siehe BT-Drucks. 13/5099.

²¹ Siehe Plenarprotokoll 13/117, S. 10616 (D).

²² Siehe Plenarprotokoll 700, S. 390 (A).

Deutschland wird dadurch unterstrichen, daß diese Versicherung etwa 73 Millionen Versicherte umfaßt und ihre Ausgaben im Jahre 1995 etwa 260 Milliarden DM betragen²³.

Die tiefgreifenden Änderungen des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung durch das Gesundheitsstrukturgesetz vom 21. Dezember 1992 betreffen insbesondere die »Beziehungen der Krankenkassen zu den Leistungserbringern« und damit das Vierte Kapitel des Fünften Buches Sozialgesetzbuch. Als »Leistungserbringer« nennt § 69 SGB V ausdrücklich auch Ärzte und Zahnärzte. Diese Berufsgruppen, die zu den klassischen sogenannten freien Heilberufen gezählt werden²⁴, haben eine zentrale Stellung im gesamten Gesundheitssystem und damit auch im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung. Bis zur Reform durch das Gesundheitsstrukturgesetz wurden diejenigen Ärzte und Zahnärzte, welche an der ambulanten Versorgung von Patienten im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung teilnahmen, in der Reichsversicherungsordnung und später im Fünften Buch Sozialgesetzbuch als »Kassenärzte« bzw. »Kassenzahnärzte« bezeichnet, soweit sich ihre Tätigkeit nicht auf die Behandlung von Ersatzkassenversicherten erstreckte. So definierte § 76 Abs. 1 Satz 1 SGB V in der bis zur Verabschiedung des Gesundheitsstrukturgesetzes geltenden Fassung die Kassenärzte als die »zu der kassenärztlichen Versorgung zugelassenen Ärzte«; diese Festlegung galt gemäß § 72 Abs. 1 Satz 2 SGB V a. F. für Zahnärzte entsprechend. Der Begriff »Vertragsarzt« war bislang ausschließlich der ärztlichen Versorgung von Ersatzkassenversicherten vorbehalten.²⁵ Der Grund für diese unterschiedliche Begrifflichkeit ist darin zu sehen, daß die vertragsärztliche Versorgung Gegenstand eigenständiger vertraglicher Beziehungen auf Bundesebene zwischen den Verbänden der Ersatzkassen und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung gewesen ist²⁶ und die Vertragspartner durch im Vergleich zum »Primärkassenbereich« geringere gesetzliche Bindungen eine größere Gestaltungsfreiheit besessen haben.²⁷ Das Gesundheitsstrukturgesetz jedoch hat die Bezeichnung »Kassenarzt« für den *gesamten* Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung fast vollständig durch den Begriff »Vertragsarzt« ersetzt.²⁸ In der Begründung zum entsprechenden Gesetzentwurf der

²³ Vgl. *Institut der Deutschen Wirtschaft Köln* (Hrsg.), *Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland*, Ausgabe 1996, Tabelle 86.

²⁴ Siehe etwa *J. F. V. Deneke*, *Die freien Berufe*, 1956, S. 119 ff.; *dens.*, *Klassifizierung der Freien Berufe*, 1969, S. 41 ff.; *A. Kühn*, *Die freien Berufe in der Sozialordnung*, 1962, S. 18 f.; *F. Karl*, *Recht der freien Berufe*, 1976, S. 23 ff.; *J. Taupitz*, *Die Standesordnungen der freien Berufe*, 1991, S. 203 ff., 313 ff.

²⁵ Vgl. Art. 66 GRG und § 95 Abs. 8 SGB V a. F., der durch Art. 1 Nr. 51 Buchst. i GSG gestrichen worden ist.

²⁶ Vgl. § 72 Abs. 3, § 82 Abs. 3 Satz 1, § 83 Abs. 3 und § 95 Abs. 8 SGB V in den bis zum Inkrafttreten des GSG geltenden Fassungen.

²⁷ *W. Funk*, *Die Wirtschaftlichkeitsprüfung im Vertragsarztrecht*, 1994, S. 13 f.

²⁸ Siehe z. B. § 72a Abs. 1 und Abs. 3 Satz 3, § 75 Abs. 2 und 8, § 86 Abs. 1 Satz 1, § 95 Abs. 2 Sätze 1 und 3, Abs. 3 Satz 1, Abs. 5 und 6, Abs. 7 Sätze 2 und 3 sowie Abs. 9 Satz 1, § 95b Abs. 1 und 2, § 103 Abs. 4 SGB V in der Fassung des GSG.

Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P.²⁹ heißt es, zur »Herstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen unter den Kassen und zur Angleichung der Rahmenbedingungen für die ärztliche Versorgung« würden »die bisher unterschiedlich geregelten Formen der Teilnahme an der kassenärztlichen und vertragsärztlichen Versorgung vereinheitlicht und durchgehend als vertragsärztliche Versorgung bezeichnet«. In einigen Vorschriften finden sich allerdings auch nach der Verabschiedung des Gesundheitsstrukturgesetzes noch – offensichtlich wegen gesetzgeberischer Nachlässigkeit – die Begriffe »kassenärztliche Versorgung«³⁰ und »Kassenarzt«³¹. Die »Kassenzahnärzte« sind durch das Gesundheitsstrukturgesetz in »Vertragszahnärzte« umbenannt.³² Es geht also nunmehr um die »Sicherstellung der vertragsärztlichen und vertragszahnärztlichen Versorgung«³³. Unverändert geblieben sind allerdings – in terminologischer Inkonsequenz³⁴ – die Bezeichnungen »Kassenärztliche« und »Kassenzahnärztliche Vereinigung«, welche jeweils die Vertragsärzte für den Bereich jedes Landes zur Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben der vertragsärztlichen Versorgung bilden³⁵. Auch die »Kassenärztliche Bundesvereinigung« und die »Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung«, welche jeweils die Kassenärztlichen Vereinigungen bilden³⁶, haben ihre Namen behalten.

Die Beseitigung des »Kassenarztes« hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung mit den Worten kritisiert, der Gesetzgeber habe »ohne zwingenden Grund mit einem Federstrich einen Begriff liquidiert ..., der seit mehr als 60 Jahren in der deutschen Bevölkerung als Markenzeichen für die hohe Qualität der ambulanten Versorgung akzeptiert« sei; die »historische Niederlage« für die Ärzteschaft, »die in der Geschichte des Kassenarztrechts seit dem Jahre 1931 in ihren Auswirkungen einmalig« sei, beginne »im Grunde bereits bei der Namensgebung für die ambulante Versorgung«.³⁷ Die Begriffswahl »Vertragsarzt« für die einheitliche, alle Kassenarten umfassende Kassenzulassung³⁸ wird als »systematisch verfehlt« mit der Begründung bezeichnet, der Status des »Vertragsarztes« ergebe sich »nach wie vor ausschließlich aus der öffentlich-rechtlichen Kassenzulassung durch den Zulassungsausschuß und nicht aus einem Vertragsabschluß des Arztes mit der Kas-

²⁹ BT-Drucks. 12/3608, S. 83 (zu Nr. 30 und 31).

³⁰ Siehe die Überschrift zu § 73 SGB V sowie § 73 Abs. 3, 5 und 6 SGB V.

³¹ Siehe § 85 Abs. 4 Sätze 3 und 4 SGB V sowie § 85 Abs. 4 Satz 1 SGB V (dort im Plural: »Kassenärzte«).

³² Siehe § 95 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 SGB V in der Fassung von Art. 1 Nr. 51 Buchst. c Doppelbuchst. bb GSG; diese Norm ist gemäß Art. 35 Abs. 3 GSG am 1. Januar 1994 in Kraft getreten.

³³ So lautet die Überschrift vor § 72 SGB V zum Ersten Titel des Zweiten Abschnitts des Vierten Kapitels des SGB V.

³⁴ W. Funk, Vertragsarztrecht, in: Handbuch des Sozialversicherungsrechts, hrsg. von B. Schulz, Bd. 1, 1994, § 32 Rn. 6; vgl. auch J. Siewert, Das Vertragsarztrecht, 5. Aufl. 1994, S. 36.

³⁵ § 77 Abs. 1 Satz 1 SGB V.

³⁶ § 77 Abs. 4 SGB V.

³⁷ Kassenärztliche Bundesvereinigung (Hrsg.), Gesundheits-Strukturgesetz 1993, Informationen und Handlungsempfehlungen für den Kassenarzt, Beilage zum Deutschen Ärzteblatt Nr. 1/2 vom 11. Januar 1993, S. 8.

³⁸ Vgl. § 95 Abs. 3 SGB V.

senärztlichen Vereinigung oder den Krankenkassen«. ³⁹ In der Literatur ⁴⁰ wird sogar von einer »Provokation« gesprochen, die darin liege, »daß man mit dem Begriff des Kassenarztes eine eher engere Bindung des Arztes an rechtliche Vorgaben des Krankenversicherungsrechts« assoziiere »als mit dem Begriff des Vertragsarztes, bei dem umgekehrt die Vorstellung einer tendenziell stärkeren Freiheit gegeben« sei.

Die für viele Ärzte und Zahnärzte als Folgen insbesondere des Gesundheitsstrukturgesetzes entstandenen Probleme sind jedoch nicht begrifflicher Art, sondern betreffen die berufliche Tätigkeit selbst. Einleitend sollen einige wesentliche Neuregelungen hier nur skizziert werden. Das Gesundheitsstrukturgesetz hat zunächst den Zugang zur ambulanten Versorgung im System der gesetzlichen Krankenversicherung für Ärzte und Zahnärzte erheblich erschwert. Im Falle von Überversorgung hat der zuständige Landesausschuß der Ärzte (Zahnärzte) und Krankenkassen »nach den Vorschriften der Zulassungsverordnungen und unter Berücksichtigung der Richtlinien der Bundesausschüsse Zulassungsbeschränkungen anzuordnen«. ⁴¹ Überversorgung liegt vor, wenn der vom Bundesausschuß der Ärzte (Zahnärzte) und Krankenkassen festzulegende »allgemeine bedarfsgerechte Versorgungsgrad« um 10 Prozent oder mehr überschritten ist. ⁴² Weil es gegen Ende 1992 und insbesondere im Januar 1993 zu einer Lawine von Zulassungsanträgen gekommen ist, welche nach der Überleitungsvorschrift in Art. 33 § 3 Abs. 1 Satz 1 GSG noch nach altem Recht zu behandeln waren, hat sich schon bald nach Inkrafttreten der neuen Regelungen als deren Folge eine weitreichende Niederlassungssperre ergeben. Ab dem 1. Januar 1999 wird das »Überversorgungsinstrumentarium« durch die sogenannte Bedarfzulassung abgelöst. Von diesem Zeitpunkt an erfolgt die Zulassung auf Grund von Verhältniszahlen, die *gesetzlich* festgelegt werden. Zulassungsanträge von Ärzten (Zahnärzten), die zu einer Überschreitung der Verhältniszahl führen würden, sind vom Zulassungsausschuß grundsätzlich abzulehnen. ⁴³ Mit der Einführung von Verhältniszahlen hat der Gesetzgeber ein Instrument wiederbelebt, welches § 368a Abs. 1 Satz 1 RVO in der Fassung des Gesetzes über Kassenarztrecht vom 17. August 1955 ⁴⁴ als Zulassungs-

³⁹ R. Hess, Wandel vom Kassenarzt zum Vertragsarzt – Definition oder Statusänderung? – Aus der Sicht der Kassenärzte, in: VSSR 1994, S. 395 (397). Siehe ferner E. Eichenhofer, Sozialrecht, 1995, Rn. 369. Vgl. auch F.J. Oldiges (Wandel vom Kassenarzt zum Vertragsarzt – Definition oder Statusänderung? – Aus der Sicht der Krankenkassen, in: VSSR 1994, S. 381 [385]), der in der Bezeichnung »Vertragsarzt« eine »Verbeugung vor den Ersatzkassen« sieht, »die im Prozeß der Angleichung der Rechte die größeren Einbußen« hätten hinnehmen müssen.

⁴⁰ B. Schulz, Wandel vom Kassenarzt zum Vertragsarzt – Definition oder Statusänderung?, in: VSSR 1994, S. 357.

⁴¹ § 103 Abs. 1 Satz 2 SGB V.

⁴² Vgl. § 101 Satz 1 Nr. 1, Sätze 2 und 3 SGB V.

⁴³ § 102 Sätze 1 und 5 SGB V.

⁴⁴ BGBl. I, S. 513. Diese Bestimmung lautete wie folgt: »Um eine ausreichende ärztliche Versorgung und die freie Wahl unter einer genügenden Zahl von Ärzten zu gewährleisten, sind im Zulassungsbezirk (§ 368 b Abs. 1) in der Regel auf je fünfhundert Mitglieder ein Arzt und auf je neunhundert Mitglieder ein Zahnarzt zuzulassen (Verhältniszahl).«

beschränkung enthalten hatte. Diese Regelung ist jedoch vom Bundesverfassungsgericht wegen Verletzung des Art. 12 Abs. 1 GG sowohl in bezug auf Ärzte⁴⁵ als auch im Hinblick auf Zahnärzte⁴⁶ für nichtig erklärt worden.

Eine erhebliche Zulassungsbeschränkung hatte bereits das Gesundheits-Reformgesetz vom 20. Dezember 1988 in § 98 Abs. 2 Nr. 12 SGB V aufgestellt, wonach die Zulassungsverordnungen Vorschriften enthalten müssen über den Ausschluß einer Zulassung von Ärzten und Zahnärzten, die das 55. Lebensjahr vollendet haben. Durch das Gesundheits-Reformgesetz waren die Zulassungsverordnungen für Kassenärzte und für Kassenzahnärzte entsprechend geändert worden.⁴⁷ Wie kontrovers zentrale Fragen des früheren Kassen(zahn)arzt- und jetzigen Vertrags(zahn)arztsystems in verfassungsrechtlicher Hinsicht selbst innerhalb der Rechtsprechung beurteilt werden, zeigt sich daran, daß zwei Senate des Bundessozialgerichts in bezug auf die Altersgrenze für Ärzte und Zahnärzte zu jeweils unterschiedlichen Ergebnissen gekommen sind: Während der 14a-Senat des Bundessozialgerichts in einem Beschluß vom 16. Juni 1993⁴⁸ die Einführung einer Altersgrenze von 55 Jahren für die erstmalige Zulassung zur vertragszahnärztlichen Versorgung mit dem Grundrecht der Berufsfreiheit nicht für vereinbar hält, das Verfahren gemäß Art. 100 Abs. 1 GG ausgesetzt und die Frage nach der Verfassungsmäßigkeit dieser Regelung dem Bundesverfassungsgericht zur Entscheidung vorgelegt hat, bezeichnet der 6. Senat desselben Gerichtes in zwei Urteilen vom 24. November 1993⁴⁹ den Ausschluß von Ärzten, die das 55. Lebensjahr vollendet haben, von der Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung als verfassungsgemäß.

Mit dem Ausscheiden aus der vertrags(zahn)ärztlichen Versorgung befassen sich im Gesundheitsstrukturgesetz Regelungen betreffend die Praxisweitergabe, den kollektiven Verzicht auf die Zulassung und die Altersbegrenzung. »Wenn die Zulassung eines Vertragsarztes in einem Planungsbereich, für den Zulassungsbeschränkungen angeordnet sind, durch Erreichen der Altersgrenze, Tod, Verzicht oder Entziehung endet und die Praxis von einem Nachfolger fortgeführt werden soll, hat die Kassenärztliche Vereinigung auf Antrag des Vertragsarztes oder seiner zur Verfügung über die Praxis berechtigten Erben diesen Vertragsarztsitz in den für ihre amtlichen Bekanntmachungen vorgesehenen Blättern unverzüglich auszuschreiben und eine Liste der eingehenden Bewerbungen zu erstellen.«⁵⁰ Das Gesetz verpflichtet den Zulassungsausschuß, im Falle von mehreren Bewerbungen »den Nachfolger nach pflichtgemäßem Ermessen auszuwählen.«⁵¹ Ähnliche Bestimmungen hatte bereits das bis zum Inkrafttreten des Gesundheits-

⁴⁵ BVerfGE 11, 30.

⁴⁶ BVerfGE 12, 144.

⁴⁷ Siehe Art. 19 Nr. 11 und 12 GRG.

⁴⁸ SGB. 1994, S. 332 ff.

⁴⁹ BSGE 73, 223 ff.; BSG, MedR 1994, S. 494 ff.

⁵⁰ § 103 Abs. 4 Satz 1 SGB V.

⁵¹ § 103 Abs. 4 Satz 3 SGB V.

strukturgesetzes geltende alte Recht enthalten.⁵² Entfallen ist jedoch die Regelung, daß es der Ausschreibung und Auswahl nicht bedarf, wenn die Praxis vom Ehegatten, von einem Kind des Kassen(zahn)arztes oder einem Kassen(zahn)arzt, mit dem die Praxis bisher gemeinschaftlich ausgeübt wurde, fortgeführt werden soll.⁵³ Nunmehr handelt es sich dabei jeweils nur noch um *ein* Kriterium, welches neben anderen Gesichtspunkten bei der Auswahl der Bewerber vom Zulassungsausschuß zu berücksichtigen ist.⁵⁴ Neu ist auch folgende Beschränkung: »Die wirtschaftlichen Interessen des ausscheidenden Vertragsarztes oder seiner Erben sind nur insoweit zu berücksichtigen, als der Kaufpreis die Höhe des Verkehrswerts der Praxis nicht übersteigt.«⁵⁵ Ebenfalls das Ausscheiden aus der vertrags(zahn)ärztlichen Versorgung betrifft die Regelung des »kollektiven Verzichts auf die Zulassung«. Danach ist es mit den Pflichten eines Vertragsarztes »nicht vereinbar, in einem mit anderen Ärzten aufeinander abgestimmten Verfahren oder Verhalten auf die Zulassung als Vertragsarzt zu verzichten.«⁵⁶ An den damit festgelegten Pflichtenverstoß knüpft das Gesetz in zweierlei Hinsicht Sanktionen: nämlich durch ein befristetes Rückkehrverbot und durch Beschränkungen der Vergütung von Leistungen, die ein Arzt oder Zahnarzt nach seinem Verzicht Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung erbracht hat.⁵⁷ Dazu bemerkte der Präsident der Bundesärztekammer und des Ärztetages, *Karsten Vilmar*, kritisch, die entsprechende Bestimmung lese sich »wie eine Litanei aus dem Strafgesetzbuch«⁵⁸. Ein zwangsweises Ausscheiden aus der vertrags(zahn)ärztlichen Versorgung führt das Gesetz durch die Festlegung der Errichtung einer Altersgrenze ein: Ab 1. Januar 1999 endet die Zulassung grundsätzlich am Ende des Kalendervierteljahres, in dem der Vertragsarzt oder Vertragszahnarzt sein 68. Lebensjahr vollendet.⁵⁹

⁵² Vgl. § 16c Abs. 1 Sätze 1 und 3 der Zulassungsverordnung für Kassenärzte (Ärzte-ZV) vom 28. Mai 1957 (BGBl. I, S. 572, mit Berichtigung auf S. 608), zuletzt geändert durch Art. 6 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I, S. 2325 [2328]), sowie § 16c Abs. 1 Sätze 1 und 3 der Zulassungsverordnung für Kassenzahnärzte (Zahnärzte-ZV) vom 28. Mai 1957 (BGBl. I, S. 582), zuletzt geändert durch Art. 7 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I, S. 2325 [2328]). Diese Vorschriften sind durch Art. 9 Nr. 11 und Art. 10 Nr. 10 GSG gestrichen worden.

⁵³ Siehe § 16c Abs. 1 Satz 5 Ärzte-ZV und § 16c Abs. 1 Satz 5 Zahnärzte-ZV in den jeweils soeben in Fn. 52 genannten Fassungen. Diese Vorschriften sind ebenfalls durch Art. 9 Nr. 11 und Art. 10 Nr. 10 GSG gestrichen worden.

⁵⁴ Vgl. § 103 Abs. 4 Satz 4 und Abs. 5 Satz 3 SGB V.

⁵⁵ § 103 Abs. 4 Satz 5 SGB V.

⁵⁶ § 95b Abs. 1 SGB V.

⁵⁷ Siehe § 95b Abs. 2 in Verbindung mit § 72a Abs. 1 sowie § 95b Abs. 3 SGB V.

⁵⁸ Siehe das Gespräch mit dem Titel »In zehn Jahren herrscht wieder Ärztemangel im Krankenhaus«, in: DIE WELT vom 3. Mai 1993, S. 9.

⁵⁹ Siehe § 95 Abs. 7 Sätze 2 und 3 SGB V.

Von den zahlreichen, vertrags(zahn)ärztlich relevanten Regelungen des GSG sind auch Bestimmungen hervorzuheben, welche die Vergütungsstruktur tiefgreifend ändern und die Verordnung von Arznei-, Verband- und Heilmitteln einschränken. Durch neue Vergütungsregelungen sind insbesondere Vertragszahnärzte nachhaltig betroffen. So ist etwa gesetzlich festgeschrieben, daß die am 31. Dezember 1992 geltenden Punktwerte für zahnärztliche Leistungen bei Zahnersatz und bei kieferorthopädischer Behandlung zum 1. Januar 1993 für die Dauer eines Kalenderjahres um 10 Prozent abgesenkt sind.⁶⁰ Deutlich spürbare Einkommensverluste können sich für Vertragszahnärzte ferner aus der Regelung ergeben, daß sich der Vergütungsanspruch ab bestimmten Gesamtpunktmengen je Vertragszahnarzt aus vertragszahnärztlicher Behandlung einschließlich der Versorgung mit Zahnersatz und Zahnkronen sowie kieferorthopädischer Behandlung je Kalenderjahr für die weiteren vertragszahnärztlichen Behandlungen um 20, 30 oder sogar 40 Prozent verringert⁶¹ (Regelung eines sogenannten degressiven Punktwerts). Eine »Honorardeckelung« ist für Vertragsärzte und Vertragszahnärzte gesetzlich dadurch festgeschrieben worden, daß sich die Veränderungen der Gesamtvergütungen als Ausgabenvolumen für die Gesamtheit der zu vergütenden vertrags(zahn)ärztlichen Leistungen in den Jahren 1993 bis 1995 höchstens um den Prozentsatz verändern durften, um den sich die beitragspflichtigen Einnahmen der Mitglieder aller Krankenkassen mit Sitz im Bundesgebiet außerhalb des Beitrittsgebiets je Mitglied veränderten.⁶² Zu Ausgabenbeschränkungen führt auch die gesetzliche Verpflichtung zur Vereinbarung eines Budgets »als Obergrenze für die insgesamt von den Vertragsärzten veranlaßten Ausgaben für Arznei-, Verband- und Heilmittel«.⁶³ Übersteigen diese Ausgaben das vereinbarte Budget und wird der übersteigende Betrag nicht durch geeignete Maßnahmen gegenüber den Krankenkassen ausgeglichen, so verringern sich die Gesamtvergütungen um den übersteigenden Betrag.⁶⁴

Daß die Einführung eines Arznei- und Heilmittelbudgets das berufliche Verhalten von Vertragsärzten nachhaltig beeinflussen kann, hat sich schon bald nach Inkrafttreten des Gesundheitsstrukturgesetzes darin gezeigt, daß viele Vertragsärzte ihren Patienten Arznei- und Heilmittel deutlich zurückhaltender verordnet haben, als dies früher der Fall war. Mit diesem veränderten Ordnungsverhalten sind zwangsläufig negative Auswirkungen für andere Leistungserbringer wie Apotheker sowie Masseure und medizinische Bademeister verbunden. So sind nach Angaben der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA)⁶⁵ die von Arztre-

⁶⁰ § 85 Abs. 2b Satz 1 SGB V.

⁶¹ § 85 Abs. 4b Satz 1 SGB V.

⁶² § 85 Abs. 3a Satz 1 SGB V.

⁶³ § 84 Abs. 1 Satz 1 SGB V.

⁶⁴ § 84 Abs. 1 Sätze 4 bis 6 SGB V.

⁶⁵ Siehe die Berichte mit der Überschrift »Zahlreiche Apotheken stehen vor dem Aus«, in: Pharmazeutische Zeitung 1993, Nr. 34, S. 16, sowie unter dem Titel »Apotheker sind ›unter die Räder‹ gekommen«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. August 1993, S. 12.

zepten veranlaßten Umsätze der deutschen Apotheken in den alten Bundesländern im ersten Halbjahr 1993 im Durchschnitt um 21 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen; dies habe zu Einkommensverlusten von durchschnittlich 32 Prozent pro Apothekenleiter geführt. Aufgrund dieser Entwicklung verdie- ne rund die Hälfte aller Apothekenleiter in den alten Bundesländern weniger als ein angestellter Apotheker im öffentlichen Dienst. Die Leiter von kleinen Apo- theken, die einen Umsatzrückgang von sogar 46 Prozent zu beklagen hätten, er- zielten mit einem Jahreseinkommen von 39.000,- DM brutto sogar weniger als ein Facharbeiter. Im gesamten Jahr 1993 ist der Gewinn vor Steuern im Bundes- durchschnitt je Apotheke um 27 Prozent gesunken.⁶⁶

Die vorstehend jeweils kurz angesprochenen Regelungen des Gesundheitsstruk- turgesetzes führen insbesondere im Hinblick auf die Grundrechte von Berufs- freiheit und Eigentumsгарantie (Art. 12 Abs. 1 und Art. 14 Abs. 1 GG) betroffe- ner Leistungserbringer zu erheblichen verfassungsrechtlichen Problemen. Die vorliegende Arbeit bemüht sich jedoch nicht nur um die Klärung verschiedener bedeutsamer Einzelfragen. Ihr wesentliches und weitergehendes Anliegen ist viel- mehr eine systemkritische Untersuchung der Einbindung sogenannter freier heil- kundlicher Berufe in das Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. Für diese Untersuchung sind die bereits angesprochenen Regelungen des Gesundheitsstruk- turgesetzes Anlaß und wichtiges »Anschauungsmaterial«, um das dadurch noch komplizierter gewordene Beziehungsgeflecht insbesondere von Krankenkassen, Leistungserbringern, Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigungen und Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung zu entwirren. Daß unter den freien heil- kundlichen Berufen hier Ärzte und Zahnärzte im Vordergrund stehen, beruht zum einen auf der zentralen Stellung dieser Berufsgruppen im gesamten Gesund- heitssystem, die sich zunehmend auch in der Zahl der Berufsausübenden nieder- schlägt⁶⁷. Zum anderen sind es eben die schwierigen Rechtsfragen, welche nicht nur das Gesundheitsstrukturgesetz vor allem für Ärzte und Zahnärzte aufwirft. Ei- ne kritische Untersuchung muß letztlich das wesentlich umgestaltete Vertrags- (zahn)arztsystem insgesamt auf den rechtlichen Prüfstand stellen. Dabei geht es jedoch nicht um eine handbuch- oder lehrbuchartige Darstellung dieses Rechts- gebiets⁶⁸. Vielmehr sollen hier die Grundstrukturen des Systems kritisch beleuch- tet werden.

⁶⁶ F. Diener, Mehr Verantwortung für die Apotheker, in: Arbeitgeber 1994, S. 414.

⁶⁷ In der »Fortbeschreibung des Berichts der Bundesregierung über die Lage der Freien Berufe in der Bundesrepublik Deutschland« von Ende 1990 heißt es: »Bei den freien heilkundlichen Be- rufen wurden in der Einkommensteuerstatistik 1986 58953 Ärzte, 22308 Zahnärzte, 3662 Tier- ärzte, 3049 Heilpraktiker und 15040 sonstige Heilberufe erfaßt« (BT-Drucks. 12/21, S. 28).

⁶⁸ Siehe dazu die Abhandlungen etwa von G. Schneider, Kassenarztrecht – Rechtsbeziehungen zwischen Kassenarzt, Kassenärztlicher Vereinigung und Krankenkasse, 1983; *dems.*, Handbuch des Kassenarztrechts, 1994; D. Krauskopf, Das Kassenarztrecht, in: A. Laufs/W. Uhlenbruck, Hand- buch des Arztrechts, 1992, §§ 23 ff., S. 150 ff.; M. Jörg, Das neue Kassenarztrecht – Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung, Rechte und Pflichten des Vertragsarztes, Vergütung und Wirt- schaftlichkeitsprüfung, Organisation, Verfahren und Rechtsmittel, 1993; W. Funk, Vertragsarztrecht, in: Handbuch des Sozialversicherungsrechts, hrsg. von B. Schulin, Bd. 1, 1994, § 32, S. 852 ff.

Sachregister

- Abgabebelastungen 335
- Abgabenpflichten 335
- Abschleppunternehmer 185
- Abtreibungs-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 53
- Äquivalenzprinzip der Versicherung 329
- Ärzte [siehe auch Kassen(zahn)ärzte, Vertrags(zahn)ärzte]
 - ärztliche Behandlung 91, 119 ff., 125 ff., 133 ff., 156, 160
 - ärztliche Verordnung 91 f.
 - ärztlicher Beruf als einheitlicher Beruf 152 ff., 162
 - ärztlicher Beruf als Freier Beruf 34, 42 f., 83, 94, 147, 152, 154, 174, 176
 - ärztlicher Beruf im engeren Sinne 152, 154
 - ärztlicher Beruf im weiteren Sinne 152, 154
 - als freiberuflich Tätige 11, 15, 40, 145, 341, 346
 - angestellte 157, 224, 226, 252
 - Anteil der Selbständigen 85
 - Approbation 134 f., 152 ff., 162, 311, 345
 - Approbationsalter 226, 252, 265
 - Arztgruppen 225
 - Beruf des frei praktizierenden Arztes 154 ff., 165, 194 f., 228, 268, 274, 344
 - Berufsbild 66
 - Blutentnahmeärzte 184
 - Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen 6, 160, 208, 222 f., 227, 231 ff., 289, 322
 - EG-Ausländer 219
 - ermächtigte 95, 278
 - Erwartung altruistischer Berufseinstellung 70 ff.
 - Fachärzte 153, 226, 228
 - Geheimhaltungspflichten 80
 - Gewissensentscheidung 249
 - Hausärzte 226
 - im frühliberalen Staat 22 ff., 343
 - im Gesellschaftsrecht 28
 - im Steuerrecht 26 f.
 - in der Lehre von *Heinrich Triepel* 137 f., 198
 - Landesausschüsse der Ärzte und Krankenkassen 6, 217, 223 ff., 232
 - niedergelassene 155 f., 228, 232, 242, 249, 270, 279, 311, 315, 318, 320, 345
 - ohne Zulassung zur vertragsärztlichen Versorgung 124, 264
 - Pflichtmitgliedschaft in Ärztekammern 315
 - Pflichtmitgliedschaft in Ärzteversorgung 61
 - Qualifikation 218 f., 320
 - Rechnungen 313
 - staatliche Inpflichtnahme im 18. und 19. Jahrhundert 19 ff., 67
 - Teilnahme am Notfall- und Bereitschaftsdienst 88 f.
 - Therapiefreiheit 158
 - typische Merkmale 66 ff., 19
 - Vergütungsansprüche gegen Krankenkassen 276 ff.
 - Vergütungsansprüche gegen Versicherte 274, 277
 - Vergütungsbeschränkungen 276, 345
 - Verhältnis zu Heilpraktikern 78
 - Verhältnis zu Patienten 38
 - Verhältnis zum Medizinischen Dienst der Krankenversicherung 160
 - Verträge mit Krankenkassen 119
 - Vertrauensärzte der Sozialversicherungsträger 184
 - Weisungs(un)gebundenheit 81 f.
 - Weiterbildungsmaßnahmen 320
 - Werbeverbote 74 f.
 - Zahl der Berufsausübenden 10 mit Fn. 67, 101, 216, 236, 238 ff., 318, 320
 - Zulassungsausschüsse für Ärzte 225 f., 247, 251, 258, 261, 265 ff.
 - Zusammenschlüsse 227
- Ärztekammern 24, 87, 164, 315
- Ärzteversorgung 61, 328
- Allgemeine Gesetze 57 f.
- Allgemeine Handlungsfreiheit 330 Fn. 149, 331
- Allgemeine Ortskrankenkassen 132, 135, 282 f., 310, 338

- Allgemeiner bedarfsgerechter Versorgungsgrad 6, 222 ff., 233
- Allgemeinheit 114, 231, 235, 249, 259, 270, 274, 329, 336
- Allgemeininteresse 219 f.
- Alpinskifahren 339
- Altersgrenzen 7 f., 11, 61, 102, 144, 161, 217, 219, 221, 229, 235 ff., 244, 246 f., 251, 267 ff., 344 f.
- Altersruhegeld 271
- Altersstruktur 271
- Altersversorgung 247, 258, 267, 271
- Ambulante Heilbehandlung 317
- Ambulante Versorgung 5 f.
- Amt (siehe auch öffentliche Ämter)
- Begriff 68
 - Unterscheidung vom Beruf 143, 155
 - Zugang zu öffentlichen Ämtern 95 f., 142
- Amtlich anerkannte Sachverständige für den Kraftfahrzeugverkehr 184
- Amtsarzt 155
- Amtshaftung 182, 185, 189 f.
- Amtshaftungsanspruch 170, 190, 191 Fn. 692
- Amtshaftungsrecht 186
- Amtspflichten 172, 181 f., 186, 188, 190
- Amtspflichtverletzung 187
- Amtsträger 182 f., 186 f., 189 ff.
- Amtswalter 186, 230
- Amtswaltereigenschaft 185
- Angemessenheit der Vergütung 289 ff.
- Angestellte 67, 83 f., 96 ff., 124, 183, 186, 324, 329, 330 f., 333, 346
- Angestellten-Krankenkassen 283
- Anstellungstheorie 186
- Anvertrauensstheorie 187
- Anwälte (siehe auch Rechtsanwälte)
- als freiberuflich Tätige 15
 - Berufspflichten 74 f.
 - historische Entwicklung 18 ff., 22 f., 40
- Apotheken 10, 158, 196 ff., 344
- Apothekenbetrieb 199, 202
- Apothekenleiter 10
- Apotheken-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 139, 148, 150, 198 f., 202, 234 Fn. 91, 246
- Apotheker
- als Angehörige eines »staatlich gebundenen Berufs«? 197 f., 344
 - als Beliehene? 197 f., 344
 - als Erfüllungsgehilfen der Krankenkassen? 206, 214
 - als »Freiberufler« 198 ff., 214, 344
 - als Leistungserbringer für die gesetzliche Krankenversicherung 9, 196 ff.
 - angestellte 10
 - Anteil der selbständigen an der Gesamtheit der Apotheker 198
 - Approbation 196 f., 343
 - Beraterfunktion 204, 318, 344
 - Berufsbild 200
 - Eigenverantwortlichkeit 206
 - Haftung gegenüber Versicherten 206
 - im Steuerrecht 198 f.
 - Kontrollfunktion 204
 - Pflichten nach dem geltenden Recht 71 f.
 - Spitzenorganisation 196, 205 f.
 - staatliche Impflichtnahme im 18. und 19. Jahrhundert 19, 21 f.
 - Unterscheidung vom Beruf des Arztes 199
 - Werbeverbote 74
- Apothekerberuf 197 ff.
- Apothekerkammern 87
- Apothekerschaft 203
- Approbation 134 f., 152 ff., 162, 196 f., 311, 344 f.
- Approbationsalter 226, 252, 265
- Arbeiter 97 f., 183, 323 f., 329 f., 333, 346
- Arbeiter-Ersatzkassen 283
- Arbeitgeber 68, 113, 236, 318, 325, 334 f., 338 ff., 346 f.
- Arbeitnehmer 68, 85, 95, 210, 236, 319, 325, 331, 335
- Arbeitnehmerkammern im Lande Bremen 88
- Arbeitskammer des Saarlandes 88
- Arbeitsmarktpolitik 338
- Arbeitsplatz 227
- Arbeitstherapeuten 92 f.
- Arbeitsstherapie 337
- Arbeitsverhältnisse 113, 335
- Architekten 26 ff.
- Architektenkammern 87 ff.
- Artes liberales 5 ff.
- Arzneien 120 f.
- Arzneimittelherstellung 202
- Arzneimittelsicherheit 204 Fn. 758
- Arzneimittelverordnungen 203 ff.
- Arzneimittel(versorgung) 9, 121, 125, 135, 158 f., 196 ff., 208, 238, 242, 344
- Arztregister 162, 224, 248 Fn. 195, 252
- Assistenten in der vertrags(zahn)ärztlichen Versorgung 157, 264
- Auffälligkeitsprüfung 159
- Aufsichtsbehörde 273, 277 f.
- Ausbildung 235, 248, 249, 344
- Ausbildungsstätte 1, 60, 227
- Ausländer 218 f.
- Autounfälle 339

- Bäder 209
 Baukammer Berlin 89
 Beamte 20, 39, 42, 67, 83 f., 96 ff., 105, 124, 171, 181, 183, 324
 Beamtentum 137 f.
 Beamtenverhältnisse 98 f.
 Bedarfsplan 227
 Bedarfsplanung 221 ff., 227, 232, 238, 241, 250, 260, 344
 Bedarfsregelungen 235, 240 f., 244, 246, 248, 250, 259 f., 270, 345
 Bedarfszulassung 6, 215, 221, 223, 226 f., 235 f., 238, 241, 244, 250, 344
 Bedürfnisklausel 229
 Bedürfnisprüfung 156, 198, 229, 244
 Behandlungsfehler 165 ff., 174, 178, 180 f., 186 f., 190 ff.
 Behandlungsqualität 295, 300
 Behandlungsvertrag 166, 168, 192
 Behinderung 318
 Beiträge 338, 347
 Beitragsbemessungsgrenzen 324, 333, 346
 Beitragspflichtige 338, 347
 Beitragsrückzahlung 318 f.
 Beitragssätze 325, 336, 346
 Beitragssatzstabilität 2, 238 f., 276 f.
 Beitragsverpflichtung 330
 Beitragszuschüsse der Arbeitgeber 318
 Beleihung
 – Abgrenzung von der Konzessionierung 104
 – anerkannte Aspekte 104 ff.
 – Bedeutung öffentlicher Aufgaben 110 ff.
 – betreffend »staatlich gebundene Berufe« 143 f., 146
 – Formalität der staatlichen Aufgabe 109 ff.
 – formelle Aufgabentheorie 106, 118, 133, 136
 – in der Lehre *Otto Mayers* 103 f.
 – Kombinationstheorie 108, 117
 – materiale Bestimmbarkeit staatlicher Aufgaben 112 ff.
 – materielle Aufgabentheorie 106, 108, 117
 – Meinungsstand 103 ff.
 – Personengruppen 105, 143 f.
 – Rechtsstellungs- oder Befugnistheorie 107 f., 117 f., 135
 – Streit um den möglichen Gegenstand 106 ff.
 – verfassungsrechtliche Zulässigkeit 104 mit Fn. 72, 142, 144
 – zur Begründung eines »außerdienstlichen öffentlichen Amtes« 102, 142
 Beliehene 102 ff., 118 f., 133, 144, 146, 184, 195, 197, 344
 Beliehene Unternehmer 105, 107 f.
 Benehmen 133
 Beratende Volks- und Betriebswirte 27 f.
 Beruf
 – Begriff 68, 148, 151, 154, 227
 – Bindungen 138 ff.
 – freie Wahl 1, 59 f., 62, 138 ff., 150 f., 198, 227 f., 231, 234 ff., 246, 267 f., 306
 – nichtakademische Berufe 210
 – »staatlich gebundene Berufe« 136 ff.
 – Unterscheidung vom Amt 68, 143, 155
 – Unterscheidung vom Gewerbe 68
 Berufsaufnahme 268
 Berufsausbildung 37, 79, 86
 Berufsausübung
 – Beschränkung 268, 291
 – enger Zusammenhang mit der Berufsausübung 292
 – Freiheit 62, 89, 231, 234, 236, 244 f., 267 ff., 274, 278, 280, 289, 291, 300 f., 306, 331
 – geistig Tätiger 40
 – Grundrecht der freien Berufsausübung 140, 301, 334 f.
 – ordnungsgemäße 76, 150
 – persönlicher Einsatz 67 f., 79, 161, 200, 343
 – Regelungen 1, 59 f., 62, 75, 135, 150 f., 227 ff., 233 ff., 244, 248, 250, 268, 274, 291, 293, 310, 344
 – von Angehörigen Freier Berufe 45
 – von Apothekern 202
 – wirtschaftliche Selbständigkeit 42
 Berufsausübungsfreiheit 62, 89, 231, 234, 236, 244 f., 267 ff., 274, 278, 280, 289, 291, 300 f., 306, 331, 334 f.
 Berufsbeamtentum 20, 96, 98
 Berufsbeendigung 268
 Berufsbezeichnungen 209 ff., 344
 Berufsbilder
 – Änderung des Berufsbildes des Arztes 249
 – Fixierung durch den Gesetzgeber 148 ff.
 – notwendige Veränderungen 89
 – Prägung von Berufsbildern 84, 200
 – Verfälschung von Berufsbildern 74, 76
 – Vielfalt 13
 Berufsbildlehre des Bundesverfassungsgerichts 149, 154
 Berufsfreiheit 7, 10, 60, 139, 141, 151 f., 233 Fn. 86, 235, 248, 269, 291, 306, 311, 344 ff.
 Berufsgerichtsbarkeit 87 f., 164, 200, 343
 Berufshaftpflichtversicherung 180
 Berufsordnungen 88 f.
 Berufspflichten 88 f., 137 f., 146

- Berufsrecht 291
 Berufsregelungen 110, 231
 Berufssportler 44
 Berufssoldaten 96
 Berufsständische Selbstkontrolle 23, 87
 Berufsständische Versorgungswerke 271
 Berufsständische Zwangsvereinigungen 87, 164
 Berufsstand 43, 83 f., 95, 303
 Berufsunfähigkeitsversicherung 328
 Berufsverbände 89, 231
 Berufsverbot 279
 Berufswahl
 – Begriff 151
 – Beschränkungen 154, 198, 268, 274
 – Grundrecht der freien Berufswahl 138 ff., 150 f., 227 f., 231, 234 ff., 246, 267 f., 274, 306, 331
 – im Hinblick auf einen Facharzt 162
 – Privatheit 151
 – und Berufsbild 149
 Berufswahlfreiheit 59, 62, 138 ff., 150 f., 227 f., 231, 234 ff., 246, 267 f., 306, 331
 Berufszulassung 1, 248
 Berufszulassungsvoraussetzungen
 – objektive 151, 198, 229, 232, 235, 244, 246, 274
 – subjektive 110, 148, 150, 157, 267 f.
 Berufsausschüsse für Ärzte und für Zahnärzte 178, 187
 Beschäftigungstherapeuten 92 f.
 Beschäftigungstherapie 208, 211, 213
 Beschäftigungs- und Arbeitstherapeuten 210, 322, 344
 Beschäftigungs- und Arbeitstherapie 210
 Beschäftigungsverhältnis 335
 Bestandsgarantie 259
 Bestimmtheit(sgebot) 229 f., 250, 344
 Bestimmtheitsprinzip 287 ff.
 Betriebsausgaben 297 ff.
 Betriebseigentum 253
 Betriebserlaubnis 201
 Betriebskrankenkassen 124
 Bevölkerung 228, 250, 279, 318, 323 ff., 328, 332
 Bewachungsgewerbe 112
 Beweislastregel 171
 Bewerber(auswahl) 8, 225 f., 252, 260 f., 264 f., 346
 Bewertungsausschuß 282
 Bildberichterstatte 27 f.
 Blutentnahmeärzte 184
 Brillen 119 f., 135, 310
 Bruchbänder 119 f.
 Brüderlichkeit 56
 Buchsachverständige (Bücherrevisoren) 78
 Budget 9, 158 f., 295, 300
 Budgetierung 295
 Bürger 52, 55, 57, 114, 116, 172 f., 182 Fn. 617, 264, 306, 335
 Bürgerliches Vertragsrecht 179, 181, 190
 Bürgermeister 184
 Bundesapothekerkammer 203
 Bundesausschuß der Ärzte (Zahnärzte) und Krankenkassen 6, 160, 208, 222 f., 227, 231 ff., 289, 322
 Bundeskanzler 68, 143
 Bundesknappschaft 206
 Bundesmantelverträge 232, 282
 Bundesminister 68, 143, 223, 338
 Bundespräsident 68, 143
 Bundesstaat 312
 Bundesverbände der Krankenkassen 206
 Bundeswehrsoldaten 325
 Bundeszahnärztekammer 340
 Cessio legis 167
 Chancen 254
 Chefarzt 155, 271
 Chirurgen 225
 Darlehen 201
 Degression 297 ff., 345
 Degressiver Punktwert 131, 159, 162, 217, 219, 281 ff., 345
 Delegation 108
 Delegationslehre, tarifrechtliche 113
 Deliktische Haftung 170 f., 190 f.
 Deliktshaftung 183, 190
 Demokratie 229, 233 Fn. 86
 Demokratische Legitimation 114
 Dentisten 27, 78
 Deregulierung 321
 Despotismus 319 Fn. 87
 Detektive 44
 Diätassistenten 92
 Diätküchenleiter 92
 Diensttherm 97, 101, 187, 189
 Dienstleistungen 35, 44, 122 f., 125, 211, 218, 281, 316
 Dienstleistungsfreiheit 219
 Dienstnehmer 97, 100
 Dienstverhältnisse 97 ff., 186
 Dienstvertrag 127, 129, 174
 Diplom-Psychologen 28, 214 Fn. 813
 Diskriminierung 218
 Disziplinarbefugnisse 164
 Disziplinargerichtsbarkeit 138, 146

- Disziplinargewalt 24
 Disziplinarmaßnahmen 277, 279, 345
 Dolmetscher 27 f., 78
 Drei-Stufen-Theorie 234 Fn. 91
 Drogerien 203
 Drogisten 78
- EG-Ausländer 218 f.
 Ehe 51, 265 f.
 Ehegatten 251 f., 265 f., 334
 Ehevermittler 44
 Eigeneinrichtungen der Kassenärztlichen
 Vereinigungen und der Krankenkassen
 133 ff., 193, 278
 Eigentümer 117, 252 f., 255, 259
 Eigentum 190, 252, 254 ff., 263 ff., 293, 306,
 310
 Eigentumsbegrenzungen 259
 Eigentumsbegriff 254
 Eigentumsbindungen 259
 Eigentumsfreiheit 255
 Eigentumsgarantie 10, 60, 252 f., 255 f., 258,
 266 ff., 274, 278, 280, 289, 293, 300 f.,
 306, 330 ff., 335, 345 f.
 Eigentumsobjekt 255
 Eigentumsordnung 264
 Eigentumsschutz 254, 256 ff., 293, 330 Fn.
 149
 Eigenverantwortlichkeit 192 f., 200 f., 204,
 206
 Eigenverantwortung 317 f., 341, 343, 347
 Eignung der Maßnahmen (Mittel) 293, 315
 Einheitlicher Bewertungsmaßstab für
 zahnärztliche Leistungen 277, 281
 Einheitswert-Beschluß des
 Bundesverfassungsgerichts 330 Fn. 149
 Einheitswerte 335
 Einkommen 297 ff., 302, 329 f., 333, 346
 Einkommensteuer(system) 297 ff.
 Einkünfte aus freiberuflicher Tätigkeit 27
 Einnahmen 297 ff.
 Einschätzungsprärogative des Gesetzgebers
 237, 241, 296
 Einstweilige Anordnungen 215
 Einzelfallprüfungen 245
 Elfes-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 49
 Eltern 265
 Empfängnisregelung 337
 Empfängnisverhütende Mittel 337
 Entbindungsgeld 337
 Entbindungspfleger 214 Fn. 813
 Enzyklika Quadragesimo anno 308
 Erben 7 f., 251 ff., 257 f., 261 f., 264
 Erbensucher 44
- Erblasser 253, 257 f.
 Erbrecht(sgarantie) 252 f., 255, 258 f., 263 ff.,
 345
 Erbrechtsschutz 257
 Erforderlichkeit der Maßnahmen (Mittel)
 244, 246, 315
 Erfüllungsgehilfen 120, 165, 171 ff., 185 f.,
 193, 344
 Ergotherapie 210
 Erprobungsregelungen 317 f.
 Ersatzkassen 4, 133, 158
 Erzieher 28
 Europäische Union 309, 312
 Europäisches Gemeinschaftsrecht 217 ff.,
 308, 343
 Exekutive 229 f., 289
 Existenzsicherung 256, 258
- Fachärzte 153, 162 f., 165, 194 f., 226, 228,
 268, 274, 344
 Facharzt-Beschluß des
 Bundesverfassungsgerichts 154, 162, 231
 Facharztbezeichnungen 75, 162
 Facharztwesen 153 f.
 Fahrlässigkeit 171, 181, 188, 191
 Fahrradunfälle 339
 Familie 51, 265 f.
 Familienlastenausgleich 334
 Familienversicherung 334 ff., 346
 Fernreisen 339
 Festbetrag 158
 Festzuschüsse 341
 Folgenabwägung 215
 Französische Revolution 56
 Freiberufler
 – Apotheker 198 ff.
 – Begriff 85, 95, 147, 210
 – besonderes Vertrauensverhältnis 79 ff.,
 163, 343
 – Erwartung altruistischer Berufseinstellung
 70 ff., 271
 – Geheimhaltungspflichten 80
 – Leistungserbringer von Heilmitteln 212 ff.,
 344
 – persönliche Leistung 68, 70
 – Qualifikation 77 ff., 82, 158, 162 f.
 – Verbot berufswidriger Werbung 73 ff., 162
 – Vertrags(zahn)ärzte 147 ff., 194 f., 243,
 310
 – Weisungsunabhängigkeit und
 Selbstverantwortung 41, 81 ff., 158
 – Zahl 248
 Freiberuflich Tätige
 – Abgrenzung von Gewerbetreibenden 40

- Abgrenzung von öffentlich Bediensteten 85, 95, 210
- Abgrenzung von privaten Arbeitnehmern 85, 95, 210
- als Erfüllungsgehilfen 177
- Anforderungen an freiberuflich Tätige 39 f.
- Berufsbild 36
- im Baurecht 29, 61
- persönliche Leistung 68
- Freiberufliche Leistungen 71
- Freiberufliche Tätigkeit
 - akademischer Hintergrund 78
 - besonderes Vertrauensverhältnis 79 ff., 163, 200, 249 f., 343
 - eines Chefarztes? 155
 - Erbringung ideeller Leistungen und Lieferungen 86 f., 164, 343
 - Errichtung von Kammern 87 ff., 200
 - Erwartung altruistischer Berufseinstellung 70 ff., 79 f., 161, 200, 247, 271, 343
 - im Baurecht 29
 - im Europäischen Gemeinschaftsrecht 35, 78, 343
 - im Steuerrecht 27, 36 f., 42, 61, 198
 - Merkmale 43, 62, 67 ff., 161 ff., 200, 247, 249 f., 271
 - persönlicher Einsatz bei der Berufsausübung 67 ff., 79, 161, 200, 343
 - Qualifikation 77 ff., 82, 158, 162 f., 200, 343
 - selbständiger Apotheker 207, 344
 - Verbot berufswidriger Werbung 73 ff., 80, 162, 200, 343
 - von Vertrags(zahn)ärzten 95 ff., 147, 157 ff., 161 ff., 193 f.
 - Weisungsunabhängigkeit und Selbstverantwortung 41, 81 ff., 158, 200, 343
 - wirtschaftliche Selbständigkeit 83 ff., 163, 200, 343
- Freiberuflichkeit der Apotheker 203
- Freiberuflichkeit vertrags(zahn)ärztlicher Tätigkeit 157 ff., 193 ff., 257, 275, 311, 321, 341, 344, 346
- Freie Advokatur 22 f., 72, 250
- Freie Arztwahl 134
- Freie Berufswahl 198
- Freie Heilberufe 4
- Freie heilkundliche Berufe
 - nichtakademische 210
 - Qualifikationsanforderungen 79
 - Rechtsstellung im System der gesetzlichen Krankenversicherung 11 f., 91 ff., 305, 322
- Freier Beruf
 - Abgrenzung von anderen Berufen 78
 - Abgrenzung vom Gewerbe 68 f., 70 ff., 73 ff.
 - als Typusbegriff 13 ff., 343
 - Begriff 13 ff.
 - Eingang in die Rechtssprache 26 ff., 343
 - Entschließung des Deutschen Bundestages 1, 248
 - historische Entwicklung 15 ff., 85, 343
 - im Baurecht 29, 343
 - im Europäischen Gemeinschaftsrecht 35
 - im Gesellschaftsrecht 27 ff., 343
 - im Recht der Industrie- und Handelskammern 29 f., 343
 - im Steuerrecht 26 f., 343
 - im Zusammenhang mit der Diskussion über den Freiheitsbegriff des Grundgesetzes 47 ff., 60 ff.
 - in speziellen Berufsgesetzen 30 ff., 139, 145, 343
 - typische Merkmale 63 ff., 100, 145, 157 ff., 161 ff., 165, 193, 343
 - Vereinnahmung durch Sozialstaat 311
 - Versuche einer Definition 36 ff., 343
 - Zuordnung von Berufsständen 83 f.
- Freier Verband Deutscher Zahnärzte 340
- Freiheit
 - äußere und innere 56 f.
 - als Gesetzlichkeit 54, 57 f., 61
 - der Berufsausübung 89, 140, 231, 234, 236, 244 f.
 - der Berufswahl 59, 62, 138 ff., 150 f., 227 f., 231, 234 ff., 246
 - Eigentum 255
 - einer Vereinigung fernzubleiben 326
 - Eingriffe 311
 - Einschränkungen 261
 - persönliche 256, 259
 - politische 57
 - privatautonomer Selbstorganisation 327
 - Sicherung durch Bestimmtheit der Gesetze 230
 - Verwirklichung durch Privatheit 309
 - vom Staatszwang 18 f., 47, 60, 62, 343
 - von Zwangsmitgliedschaft in öffentlich-rechtlichen Körperschaften 325 f.
- Freiheitsanspruch des Bürgers 264
- Freiheitsbegriff 22, 47 ff., 62, 145
- Freiheitsbeschränkung 237, 244
- Freiheitskonzeption
 - formale 48, 54 ff., 61 f., 233
 - materiale 48 ff., 60 f., 233
- Freiheitsprinzip 312
- Freiheitsraum 55, 60, 255
- Freiheitsrechte 233 Fn. 86

- Freizügigkeit 309
 Fremdlasten 339
 Fremdleistungen 68
 Füllungen 165, 192, 242 Fn. 145, 277
 Fürsorgepflicht 173
 Funktionsfähigkeit des vertrags(zahn)ärztlichen Systems 275 f.
 Funktionshaftung 183, 186 f.
- Geeignetheit (der Mittel) 236 ff., 246, 261
 Gefahrenabwehr durch Private 113
 Geldleistungen 122, 125
 Geldleistungspflicht 330
 Gemeinsamer Markt 307
 Gemeinschaft 308, 327
 Gemeinschaftsgut 236, 261
 Gemeinschaftsinteressen 110, 149
 Gemeinschaftspraxis 251, 345
 Gemeinwesen 150, 280, 303, 308
 Gemeinwohl 42, 71, 113, 212, 234, 272, 277, 300, 307, 311
 Gemeinwohlaufgabe 237, 261, 293, 314
 Gemeinwohlgründe 291, 300
 Gemeinwohlinteressen 140, 152
 Gerechtigkeit 308, 312
 Gerichte 115
 Gerichtsbarkeit 115
 Gesamtabwägung 246, 250, 264, 300
 Gesamtpunktmengen 9, 159, 162, 283 f., 286, 288 f., 296, 300
 Gesamtschuldner 187 Fn. 662
 Gesamtvergütungen 9, 99, 101, 122, 128, 159, 161, 163, 281 ff., 294 f., 300, 302
 Gesamtverträge 99, 281, 290
 Geschäftsherrn 177
 Gesellschaft 25, 47, 54 f., 62, 341, 343
 Gesellschaft bürgerlichen Rechts 199
 Gesellschaftsordnung 308
 Gesetze
 - allgemeine 57 f.
 - Bestimmtheit 230
 - Ermächtigung von Tarifvertragsparteien 113
 - Festlegung staatlicher Aufgaben 115
 - Gewährleistung der Privatheit 116 f.
 - Objektivität und Neutralität 280, 303
 - Verbindlichkeit 114
 - Verwirklichung des Sozial(staats)prinzips 312
- Gesetzesrecht 230
 Gesetzesvorbehalt 230
 Gesetzgeber 57 ff., 89, 113 f., 139 ff., 148 ff., 153, 157, 173, 189, 194, 198, 212, 215, 224, 228 ff., 233 f., 237 ff., 244 ff., 252 f., 255, 258 ff., 269 ff., 279 f., 283, 286 ff., 290, 293 ff., 301, 309 ff., 320, 322, 328 f., 331 f., 335 f., 338 f., 344 ff.
- Gesetzgebung
 - allgemeine 114
 - ausschließliche Gesetzgebung des Bundes 96
 - ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit der Länder 154
 - im materiellen Sinne 113
 - konkurrierende 96, 153 f.
 - Organe 57
 - Verhältnismäßigkeitsprinzip als Kontrollmaßstab 59
- Gesetzgebungskompetenz 338, 347
 Gesetzliche Krankenversicherung
 - Ansprüche der Versicherten 125 ff.
 - Ausgaben(zuwächse) 4, 270, 336, 346
 - Beiträge 338, 347
 - Beitragspflichtige 338, 347
 - Beitragsrückzahlung 318 f.
 - Beitragssätze 325, 336, 346
 - Beitragssatzstabilität 2, 238 f., 276 f.
 - Beitragszuschüsse 318
 - Einschränkung (zahn)ärztlicher Therapiefreiheit 158 ff.
 - Einspareffekte 247
 - Ersatzkassenversicherte 4
 - Familienversicherung 334 ff., 346
 - Finanzentwicklung 236, 239, 243 f., 261
 - finanzielle Stabilität 220, 236 ff., 243 f., 246, 293, 314, 333
 - Finanzierbarkeit 215, 236, 260, 314, 345
 - Finanzsituation 325
 - freiwillige Mitglieder 123 f., 316
 - gesetzliche Entwicklung 1 ff.
 - Knappschaftliche Krankenversicherung 124
 - Kostendämpfung 240
 - Kostenerstattungsprinzip 119, 131, 245, 312 ff., 322
 - krankenversicherungsfremde Leistungen 337 ff., 346 f.
 - Leistungserbringer 4, 10, 122 f., 196, 208, 211, 256, 322, 344, 346
 - Leistungskatalog 340, 347
 - Leistungsumfang 305, 337 ff.
 - Medizinischer Dienst 160 f.
 - Naturalleistungsprinzip 103, 119 ff., 125, 127 Fn. 246, 167 ff., 175 f., 188, 190, 192 f., 205 f., 212, 214, 245, 281, 310 ff., 319 ff., 322, 345 f.
 - Neugestaltung 305 ff.

- öffentlich-rechtliches System 136, 229
- Pflichtmitgliedschaft 325, 331
- Pflichtversicherte 123, 338 ff., 347
- Pflichtversicherung(sgrenzen) 324 f., 328 f., 331 f., 338, 346
- planwirtschaftliche Elemente 223 Fn. 34
- psychotherapeutische Leistungen 214 Fn. 813
- Rechtsstellung »freier« heilkundlicher Berufe 91 ff.
- Reduzierung auf eine Grundsicherung 337, 340, 347
- Sachleistungsprinzip 103, 120 ff., 275, 320
- Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Versicherten 109
- Solidargemeinschaft 335, 338
- Tendenz zur Volksversicherung 323, 346
- Umgestaltung 215
- Verordnungsfähigkeit von Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln 158 f., 203, 208
- versicherte Familienangehörige 123, 316 f., 323, 334, 346
- Versichertenkreis 305, 323 ff., 346
- Versichertenzahl 4, 228, 279, 323 f., 332
- Wirtschaftlichkeitsgebot 125, 156, 160, 245, 340
- (zahn)ärztliche Behandlung der Mitglieder 136, 156
- Zwangsmitgliedschaft 328
- Gesetzliches Sorgfaltspflichtverhältnis 129, 180, 186, 188, 193
- Gesetzlichkeit 112
- Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers 234, 272
- Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers 252, 301 f., 311, 329, 331 f.
- Gesundheit 190, 197, 208, 239, 249, 330, 338
- Gesundheitsberufe 92
- Gesundheitspflege 71, 146
- Gesundheitsrisiken 318, 329, 339
- Gesundheitsvorsorge 134
- Gesundheitswesen 157, 199 f., 238, 341, 347
- Gewaltmonopol, staatliches 114
- Gewerbe
 - Abgrenzung von Amt und Beruf 68
 - Abgrenzung von den Freien Berufen 18, 29 ff., 40, 67 ff., 70 ff., 152 f., 253
 - Begriff 45, 68 f., 199
 - Personalzusatzkosten 334
- Gewerbebetrieb
 - Apotheken 200
 - Funktion von Produktionsmitteln 68
 - im Steuerrecht 26 f., 69
 - Recht am eingerichteten und ausgeübten 253 f., 332
 - Gewerbefreiheit 23
 - Gewerbesteuerpflicht 198
 - Gewerbetreibende
 - Abgrenzung von den freiberuflich Tätigen 39 f., 45, 67, 70
 - als Konkurrenten der Freiberufler 72
 - Apotheker nach Steuerrecht 198
 - im Baurecht 29
 - in der Lehre von *Heinrich Triepel* 137
 - persönliche Leistungserbringung 69
 - wirtschaftliche Selbständigkeit 84
 - Gewerbliche Tätigkeit 69, 89
 - Gewerkschaften 113
 - Gewinn 201
 - Gewissensentscheidung 249
 - Gläubiger 171, 176
 - Gleichheit 56, 230, 301, 331
 - Gleichheitssatz 301, 345 f.
 - Grenzbelastung(ssatz) 297 ff.
 - Großgeräte 160
 - Großgeräteausschuss 160
 - Großgerätenutzung 160
 - Grundfreiheiten 307
 - Grundrechte
 - als Abwehrrechte des Bürgers 48 ff.
 - als institutionelle Gewährleistungen 51
 - als Leistungsrechte 52 Fn. 231
 - als Menschen- und Bürgerrechte 54
 - als objektive Wertordnung 51, 76
 - als Schutzpflichten 52 f., 250
 - als Teilhaberechte 51 f.
 - Anspruch auf funktionsgerechte Verwendung der Beiträge 338, 347
 - auf freie Entfaltung der Persönlichkeit 326
 - auf Leben und körperliche Unversehrtheit 53, 250, 329
 - Bindung des Gesetzgebers 312
 - Ehe und Familie 265 f.
 - Eigentumsgarantie 252 ff., 266 ff., 274, 278, 280, 289, 293, 300 f., 306, 330 ff., 335, 345 f.
 - Eingriffe in den Grundrechtsbereich 231
 - Erbrechtsgarantie 252 f., 255, 258 f., 263 ff., 345
 - Freizügigkeit 309
 - Gleichheitssatz 301, 345 f.
 - Grundrecht der Berufsfreiheit 139, 248, 291, 306, 344 ff.
 - Grundrecht der freien Berufsausübung 62, 89, 140, 231, 234, 236, 244 f., 267 ff., 274, 278, 280, 289, 291, 300 f., 306, 331, 334 f.
 - Grundrecht der freien Berufswahl 138 ff., 246, 267 f., 274, 306, 331
 - grundrechtswidriger Effekt 292

- Grundsatz des Vorrangs privater Lebensgestaltung 135, 306 ff., 320
- Idealkonkurrenz zwischen Grundrechtsvorschriften 268 f.
- Kumulation von Belastungen 298 Fn. 419, 311
- Leitentscheidungen 306, 309
- mittelbare Beeinträchtigungen 269, 291 f.
- objektive Dimension 51, 306, 309
- subjektive Rechte 309
- und Parlamentsvorbehalt 230
- und Subsidiaritätsprinzip 307, 309 f.
- Wettbewerbsfreiheit 334 f.
- Grundrechtsträger 140
- Grundsatz des Vorrangs privater Lebensgestaltung 135, 306 ff., 320
- Grundsicherung 337, 340, 347
- Grundstückswerte 262

- Haftpflichtversicherung 339
- Haftung für (zahn)ärztliche Behandlungsfehler 136, 165 ff., 169 ff., 180 ff., 187 ff., 190 ff.
- Haftungsbegründung 180
- Haftungsträger 189
- Haftungsüberleitung 188, 190
- Haftungsübernahme 180, 189 Fn. 675
- Haftungsverlagerung 181 ff., 187 f.
- Handelschemiker 27 f.
- Handelsgewerbe 199
- Handlungsfreiheit 264, 339
- Handwerk 18
- Handwerkskammern 87
- Hauptberuflicher Sachverständiger 28
- Hausärzte 226
- Hausangestellte 68
- Haushaltshilfe 124, 337
- Haushaltshoheit 142
- Hebammen 27 f., 61, 92 f., 214 Fn. 813, 269
- Hebammenberuf 269
- Hebammen-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts 269
- Heilbehandlung 330
- Heilberufe 34, 88, 92 f., 153 f., 239, 343
- Heilhilfsberufe 92 f.
- Heilkunde 152, 204 Fn. 758
- Heilkundliche Berufe 11 f., 79, 91, 93, 196, 305, 322
- Heilmasseur 28
- Heilmittel 9, 93, 109, 119 ff., 135, 158 f., 196, 206 Fn. 769, 208 ff., 238, 322, 344, 346
- Heilmittel- und Hilfsmittel-Richtlinien 208 ff., 322
- Heilpraktiker 27 f., 78, 85, 92 f.
- Herrschaft 57, 230
- Hilfskräfte 200
- Hilfsmittel 109, 121, 135, 158, 206 Fn. 769, 208 ff., 238
- Hilfspersonen 171, 175 ff.
- Hochschulstudium 52
- Hochschulverfassungs-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 52
- Hochschulwesen 52
- Höchstaltersgrenzen 229, 267 ff., 345
- Hoheitliche Aufgaben 107 f., 185
- Hoheitliche Befugnisse 107, 117
- Hoheitliche Gewalt 107
- Hoheitliche Kompetenzen 107, 109
- Hoheitliche Tätigkeit 183
- Hoheitsbefugnisse 107
- Hoheitsfunktionen 141, 144
- Hoheitsgebiet 218
- Hoheitsgewalt 107
- Hoheitsrechtliche Befugnisse 96
- Hoheitsträger 186
- Honorar 277, 281, 289
- Honorardeckelung 9, 161
- Honorarfluß 284 ff., 289, 291
- Honorarforderungen 168
- Honorarverteilung(smaßnahmen) 282, 286, 289, 291 f.
- Honorarverteilungsmaßstäbe 99, 101, 282, 284 ff.

- Industrie- und Handelskammern 29 f., 61, 87, 231, 343
- Informationsfreiheit 76
- Ingenieure
 - als Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure 31 ff., 105, 141, 143 ff., 343
 - im Gesellschaftsrecht 28
 - im Steuerrecht 26 f.
- Ingenieurkammern 87
- Ingenieurmessungen 33
- Inhalationen 209
- Inhalts- und Schrankenbestimmungen für das Eigentum 260
- Inkompatibilitäten 149
- Innungskrankenkassen 283

- Jahresarbeitsentgelt 324, 333, 346
- Journalisten 27 f.
- Jurisprudenz 17 f.
- Juristische Personen 69, 97, 99, 105, 107 ff., 182, 189
- Justitiabilität 230
- Justizkommissare 19 f.

- Kammern 87 ff., 200, 343
 Kartellrecht 275
 Kassenärztliche Bundesvereinigungen 4 f.,
 100, 132, 160, 164, 233 Fn. 86
 Kassenärztliche Vereinigung Deutschlands
 174
 Kassenarztrecht 176, 310
 Kassenarztsitz 161
 Kassenarzt-Urteil des
 Bundesverfassungsgerichts 11, 95, 103,
 139, 154, 156, 163, 174, 176, 181, 216,
 228, 234 f., 238, 248, 320 Fn. 91, 323
 Kassenmitglieder 103, 156
 Kassenpatienten 126, 128 f., 169, 174, 181,
 193, 206, 214, 268, 283
 Kassenpraxen 101, 262
 Kassen(zahn)ärzte [siehe auch Vertrags(zahn)-
 ärzte]
 – als Angehörige des öffentlichen Dienstes?
 95 f.
 – als Angehörige eines »staatlich gebundenen
 Berufs«? 144 f.
 – als Beliehene? 103
 – als Erfüllungsgehilfen der Kassenärztlichen
 Vereinigung Deutschlands? 174
 – als Erfüllungsgehilfen der Krankenkassen?
 173 f.
 – Begriff 4 ff.
 – Behandlung der Mitglieder der Kranken-
 kassen 109
 – Fehlen von Dienstverhältnissen zu
 Krankenkassen 99 f.
 – Freiberufliche Tätigkeit 139, 145
 – Haftung 179, 181, 191
 – Kassenärztliches Versorgungssystem 126
 – Kassenzulassung 5, 101
 – Patientenkreis 156
 – Praxisweitergabe 251
 – rechtliche Beziehung zu Kassenpatienten
 126, 129, 181
 – Tätigkeit als besondere Ausübungsform des
 allgemeinen Berufs des frei praktizierenden
 Arztes 154
 – Verordnung von Stimm-, Sprech- und
 Sprachbehandlung 209
 – Verpflichtung zur Sorgfalt den Versicherten
 gegenüber 179
 – Verpflichtungen gegenüber
 Kassenärztlichen Vereinigungen 167
 – Verteilung der Gesamtvergütung durch
 Kassenärztliche Vereinigung 99
 – Vorbereitungszeit 248 Fn. 195
 – Zahl 216
 – Zulassung(sbeschränkungen) 216, 224
 Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung 5,
 132, 242 f., 282, 340
 Kassen(zahn)ärztliche Vereinigungen 5 ff.,
 10, 99 ff., 126, 128, 131 ff., 158, 160,
 164 f., 167 f., 169 Fn. 523, 176, 178 f., 186,
 187 Fn. 662, 208, 223 ff., 232, 233 Fn. 86,
 251 f., 260, 265 f., 275, 277 f., 281 ff.,
 291 f., 315
 Kassen(zahn)ärztliche Versorgung 4 f., 179,
 216, 223, 290
 Kassenzahnarzt-Beschluß des
 Bundesverfassungsgerichts 95, 103, 139,
 216, 228, 235, 241, 248, 296, 320 Fn. 91
 Kassen(zahn)arztsitz 266
 Kassenzulassung 5, 101, 163, 228, 247, 262
 Kategorischer Imperativ 55 ff.
 Katholische Soziallehre 308
 Kaufpreise 261 ff., 345
 Kernbereichs-Garantie 49
 Kieferorthopäden 222
 Kieferorthopädische Behandlung 9, 129 ff.,
 159, 162, 283, 286, 291, 294, 299
 Kieferorthopädische Versorgung 222 f.
 Kinder 8, 251 f., 265 f., 269, 272, 319 Fn. 87,
 334 f., 337
 Kinderärzte 225
 Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten
 214 Fn. 813
 Klassenbegriffe 63 ff., 343
 Knappschäftliche Krankenversicherung 124
 Koalitionen 109
 Körperschaft 182 Fn. 616, 186 f., 189
 Körperschaften des öffentlichen Rechts (siehe
 auch öffentlich-rechtliche Körperschaften)
 97, 100, 132, 164, 180, 187, 206, 212
 Kollektiver Verzicht auf die Zulassung als
 Vertrags(zahn)arzt 7 f., 134, 217, 219,
 273 ff., 345
 Kollektivverträge 179, 206 Fn. 769
 Konkurrenzdruck 321
 Konkurrenzschutz 246
 Konstitutionelle Staatsrechtslehre 49
 Konzessionen 103 f.
 Kostenbewußtsein 316 f.
 Kostendämpfung 238, 240
 Kostendämpfungspolitik 316
 Kostenerstattungen 123 ff., 130, 173, 283 f.,
 286, 294, 312 f., 316, 320, 346
 Kostenerstattungsprinzip 119, 131, 245,
 312 ff., 320 ff.
 Kostensteuerung 314 f.
 Kostentransparenz 245, 316
 Kostenzuschüsse 130
 Krankenbehandlung 204, 212

- Krankengeld 242, 337
 Krankengymnasten 27 f., 78, 91 ff., 209 f., 322, 344
 Krankenhäuser 240, 271, 278
 Krankenhausbehandlung 135, 166, 169, 173
 Krankenhauseinweisung 314
 Krankenhausfinanzierung 2 f.
 Krankenhauspflege 121
 Krankenkassen (siehe auch Versicherte)
 – Allgemeine Ortskrankenkassen 132, 135, 282 f., 310, 338
 – als Inhaberinnen von Ansprüchen auf Zuzahlung 205, 213
 – als Körperschaften des öffentlichen Rechts 132, 180, 206
 – als Partner für Kollektivverträge 179
 – Angestellten-Krankenkassen 283
 – Ansprüche gegen Vertrags(zahn)ärzte 167
 – Ansprüche seitens Versicherter 125 ff., 169 ff.
 – Arbeiter-Ersatzkassen 283
 – Auseinandersetzungen mit Ärzterverband 38
 – Beachtung des Wirtschaftlichkeitsgebots 125
 – Beiträge 315, 318
 – beitragspflichtige Einnahmen der Mitglieder 9
 – Beitragsrückzahlung 318 f.
 – Beitragssatzanhebungen 243
 – Betriebskrankenkassen 124
 – Beziehungen zu den Leistungserbringern 4, 10, 119, 122, 214 Fn. 813, 302, 310, 322, 344, 346
 – Bundesausschuß der Ärzte (Zahnärzte) und Krankenkassen 6, 160, 208, 222 f., 227, 231 ff., 322
 – Bundesknappschaft 206
 – Bundesverbände 206
 – Eigeneinrichtungen 133 ff., 193, 278
 – Einflußnahme auf Leistungen und Vergütungen 314
 – Einholung einer gutachtlichen Stellungnahme durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung 161
 – Einsparungen 158, 294 f., 300
 – Entrichtung von Gesamtvergütungen an Kassen(zahn)ärztliche Vereinigungen 99, 128, 159, 281 ff.
 – Erfüllung des Sicherstellungsauftrags 134
 – Gewährung freier ärztlicher Behandlung 119 f., 173
 – Haftung für (zahn)ärztliche Behandlungsfehler? 120, 169 ff., 180 ff., 190 f., 192 f.
 – Honorarfluß zwischen Krankenkassen und Kassenzahnärztlichen Vereinigungen 284 ff., 291
 – im Ausland beschäftigte Mitglieder 124
 – Innungskrankenkassen 283
 – keine Dienstverhältnisse zu Vertrags(zahn)ärzten 99
 – Kostenerstattungen 283 f., 286, 294, 312 f., 320, 346
 – Kostenübernahme 314
 – Landesausschüsse der Ärzte (Zahnärzte) und Krankenkassen 6, 217, 223 ff., 232
 – Landesverbände 133, 158, 178, 187 Fn. 662, 205 f., 211, 223, 277 f., 281 f.
 – Landwirtschaftliche Krankenkassen 283
 – Mitglieder 124, 161, 196 f., 204, 213, 284, 294, 312, 319
 – Naturalleistungspflicht 120, 206, 212
 – Naturalleistungsprinzip 103, 119 ff., 125, 127 Fn. 246, 167 ff., 175 f., 188, 190, 192 f., 205 f., 212, 214, 245, 281, 310 ff., 319 ff., 322, 345 f.
 – öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse gegenüber Versicherten 125 f., 173, 175, 205, 213
 – Pflicht zur Vermittlung qualifizierter Vertrags(zahn)ärzte 193
 – rechtswidrige Nichtleistung 124
 – Sammelrechnungen der Kassenzahnärztlichen Vereinigungen 288
 – See-Krankenkasse 206, 211
 – Sicherstellungsauftrag 134, 278
 – Spitzenverbände 160, 196, 205 f., 282
 – Teilkostenerstattung für Angestellte der Krankenkassen und ihrer Verbände 124
 – Verbände der Ersatzkassen 133, 158, 178, 205 f., 211, 223, 277 f., 281 f.
 – Vergütungen für zahntechnische Leistungen 238
 – Verordnungsfähigkeit von Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln 158 f., 203, 208
 – Verschaffungspflicht 135, 310, 322, 344 ff.
 – Versorgung der Versicherten 122, 322
 – Vertrags(zahn)ärzte als Erfüllungsgehilfen der Krankenkassen? 171 ff., 186, 193, 214, 344
 – Vertreter in den Zulassungsausschüssen und Berufungsausschüssen für Ärzte und für Zahnärzte 178
 – Vorschulpflicht 314
 – Zahnkliniken 134
 Krankenpflege 120 f., 124, 337
 Krankenpfleger 91 ff.
 Krankenschein 127
 Krankenschwestern 91, 93
 Krankentransporte 135
 Krankenversichertenkarte 127, 314

- Krankenversicherungsfremde Leistungen 337 ff., 346 f.
- Krankheiten 153, 156, 208, 318, 328, 337 f., 347
- Krankheitsrisiko 339
- Künstler 28
- Künstlersozialabgabe 335
- Kulturwirtschaft 39
- Kundenstamm 254
- Kursmaklerkammern 87 f.
- Laissez faire 25, 343
- Landesärztekammer (Bayern) 88
- Landesausschüsse der Ärzte (Zahnärzte) und Krankenkassen 6, 217, 223 ff., 232
- Landesverbände der Krankenkassen 133, 158, 178, 187 Fn. 662, 205 f., 211, 223, 277 f., 281 f.
- Landwirtschaft 69
- Landwirtschaftliche Krankenkassen 283
- Lebensmittelhandel 203
- Legalität 115
- Lehrer 28
- Legitimation, demokratische 114
- Legitime öffentliche Aufgaben 327 f., 339
- Leistungen (siehe auch Dienstleistungen, Geldleistungen, Naturalleistungen, Sachleistungen, Sozialleistungen)
- ärztliche und ärztlich verordnete Leistungen 159, 320
 - bei einem Abbruch der Schwangerschaft 337 Fn. 198
 - bei einer nicht rechtswidrigen Sterilisation 337
 - Einflußnahme seitens der Krankenkassen 314
 - krankenversicherungsfremde 337 ff.
 - notarielle 291, 300
 - persönliche medizinische Leistungen 208
 - psychotherapeutische 214 Fn. 813
 - Vergütung (zahn)ärztlicher Leistungen 161, 217, 273 f., 289 ff., 318, 345
 - Versorgung mit Heilmitteln 322
 - zahnärztliche 242, 281, 287, 294 f., 299 f., 320
 - zahntechnische 238, 301 ff., 345
 - zu Lasten der Krankenkassen 319
 - zur Behandlung einer Krankheit 125
 - zur Förderung der Gesundheit 338
 - zur Verhinderung von Krankheiten 338
- Leistungseigentum 257
- Leistungserbringer 4, 10, 122 f., 126, 196, 208, 211 ff., 238, 256, 290, 302, 311, 316, 320, 322, 344, 346
- Leistungserbringung 211, 213 Fn. 805, 295, 297, 322, 344
- Leistungsfähigkeit 270
- Leistungskatalog 340, 347
- Leistungsmengen 293
- Leistungsstörungen 166, 169, 191
- Liberalismus 22 ff., 47
- Liebesethik 56 Fn. 246
- Liebesprinzip 56
- Logopäden 91 ff., 210, 322, 344
- Lotsen 27 f.
- Lüth-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 48, 51
- Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 118
- Markt 335
- Marktteilnehmer 276
- Marktverhalten 275
- Marktwirtschaft 307
- Masseur 92, 209 f., 322, 344
- Masseur und medizinische Bademeister 9, 91 ff., 209 f., 322, 344
- Medizin 17 f., 24, 239 f.
- Mediziner 24
- Medizinische Fußpflege(r) 209
- Medizinischer Dienst der Krankenversicherung 160 f.
- Meinungsäußerungen 75, 303
- Meinungsbildung 75
- Meinungsfreiheit 75 f.
- Mietverträge 201
- Minister 183
- Mitbestimmungs-Urteil des Bundesverfassungsgerichts 54, 255, 269
- Mitglieder der Rechtsanwaltskammern 28
- Mitglieder eines Gemeinderats 184
- Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften 201 f., 218, 307 f.
- Mittelbare Staatsverwaltung 132, 135, 187
- Mitverschulden 339
- Moralität 57, 59 f., 341
- Morbidität 240
- Motorradunfälle 339
- Mütter 269
- Musiktherapeuten 209 Fn. 780
- Musiktherapie 209
- Musterbilder 64, 66, 79, 147
- Mutterschaftsgeld 337
- Natürliche Personen 105, 107 ff.
- Naturalleistungen 120, 125, 127, 173
- Naturalleistungspflicht 120, 206, 212
- Naturalleistungsprinzip 103, 119 ff., 125, 127

- Fn. 246, 167 ff., 175 f., 188, 190, 192 f.,
 205 f., 212, 214, 245, 281, 310 ff., 319 ff.,
 322, 345 f.
- Niederlassung 200 f., 217 ff., 224, 321
 Niederlassungsbeschränkungen 217 ff.
 Niederlassungsfreiheit 35, 198 f., 217 ff., 307
 Niederlassungssperre 6
 Niederlassungsstaat 218
 Normadressaten 89, 301
 Normen 252, 269, 291
 Normenkontrolle 60
 Normgeber 89
 Normgebung 231
 Normklarheit 230
 Normkonkretisierende Rechtsvorschriften 231
 Notare 27, 105, 109 f., 137, 140 f., 144 mit
 Fn. 371, 146, 172, 188, 271 Fn. 318, 291,
 300
 Notarkammern 87
 Notfallambulanz 134
 Notfallpraxen 134
 Notfall- und Bereitschaftsdienst 88 f.
 Notwehr 112
 Numerus-clausus-Urteil des
 Bundesverfassungsgerichts 49, 52, 240 Fn.
 134, 306
 Nutzungs- und Verfügungsmöglichkeit 254
- Öffentlich bestellte Sachverständige 231,
 269 f.
- Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure
 31 ff., 105, 141, 143 ff., 343
- Öffentliche Ämter (siehe auch Amt) 33,
 95 f., 102, 142 f., 155, 181, 183, 185 f., 300
- Öffentliche Aufgaben
 - Begriff 110 ff.
 - Behandlung der Kassenmitglieder durch
 Kassenärzte 103
 - im Vermessungswesen 31 ff.
 - in der Rechtsprechung des
 Bundesverfassungsgerichts 109 f.
 - legitime 327 f., 339
 - Sicherstellung der ärztlichen Versorgung
 der Versicherten 132
 - Übertragung als Voraussetzung einer
 Beileihung 106
 - Unterscheidung von staatlichen Aufgaben
 110 ff.
 - Wahrnehmung durch »staatlich gebundene
 Berufe« 141
- Öffentliche Interessen 104, 110, 146, 234,
 238, 249, 264, 290, 307 f.
- Öffentliche Unternehmen 103 f.
- Öffentliche Verwaltung 103 f., 108, 117, 327
- Öffentlicher Dienst
 - ärztliche Tätigkeit im öffentlichen Dienst
 155
 - Angehörige 96 f., 195, 344
 - Angestellte 96 ff.
 - Arbeiter 97 f.
 - Beamte 96 ff.
 - Begriff 96 ff.
 - Berufssoldaten 97
 - persönlicher Anwendungsbereich 97
 - Professoren 97
 - Richter 97 f.
 - Soldaten auf Zeit 97
 - Verhältnis zur Berufsfreiheit 49, 60, 138 ff.
- Öffentlich-rechtliche Forderungsverletzung
 171, 186
- Öffentlich-rechtliche Körperschaften (siehe
 auch Körperschaften des öffentlichen
 Rechts) 87 ff., 100, 172 f., 290, 325 f.
- Öffentlich-rechtliche Schuldverhältnisse 170,
 173, 175, 205, 212 f.
- Öffentlich-rechtliche Verträge 170, 206, 212
- Öffentlich-rechtliche Zwangsvereinigungen
 109, 338
- Öffentlich-rechtliches Dienst- und
 Treueverhältnis 96, 98
- Offene Handelsgesellschaft 199
- Orthopäden 225
- Orthoptisten 92
- Packung(sgrößen) 205
- Parlament 230
- Parlamentarischer Gesetzgeber 229, 232 f.,
 288
- Parlamentarischer Regelungsvorbehalt 229 f.
- Parlamentsabgeordnete 183
- Parlamentsvorbehalt 229 f., 232 f., 250,
 287 ff., 344
- Parteienoligarchie 55
- Parteienstaat 55
- Partnerschaft 28
- Partnerschaftsgesellschaften 27 f.
- Patentanwälte
 - als Ausübende eines Freien Berufs 30
 - im Gesellschaftsrecht 28
 - im Steuerrecht 27
 - in der Lehre von *Heinrich Triepel* 137
 - Zulässigkeit einer Werbung 77
- Patienten 68, 71, 77, 80 ff., 101, 121, 127,
 130, 156, 158 ff., 163, 165 ff., 169, 176,
 178 ff., 186, 188, 190 ff., 200, 204 ff.,
 213 f., 228, 232, 245, 249 f., 265, 270 f.,
 273, 281, 295 f., 313 f., 316, 319 ff., 341,
 343, 345

- Patientenschutz 270
 Patientenstamm 258, 272, 296
 Persönlichkeit des Menschen 148, 150, 235, 247, 271, 309
 Persönlichkeitsentfaltung 271, 306
 Personalkosten 239
 Personalzusatzkosten 334, 346
 Pflegebedürftigkeit 208
 Pflichten 273, 276, 284, 289
 Pflichtmitgliedschaften
 – in Ärzte- und Zahnärztekammern 315
 – in Bayerischer Ärzteversorgung 61
 – in der gesetzlichen Krankenversicherung 325, 331
 – in Kammern als öffentlich-rechtlichen Körperschaften 87
 – in Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigungen 100
 – in öffentlich-rechtlichen Verbänden 109, 326
 Pflichtverletzungen 166
 Pflichtversicherung(sgrenzen) 324 f., 328 f., 331 f., 338, 346
 Pflichtzugehörigkeit 329, 334
 Physikalische Therapie 208, 211, 213
 Physiotherapeuten 91, 209 f., 322, 344
 Physiotherapie 209, 239
 Planungsbereiche 7, 224 f., 251 f., 258, 260, 265, 273, 277
 Planwirtschaftliches Instrumentarium 223, 266
 Politik 260
 Politiker 303
 Politische Parteien 109
 Polizisten 325
 Positive Forderungsverletzung 166, 169 ff., 179 ff., 183, 188, 190 ff.
 Positive Vertragsverletzung 166
 Prävention 240
 Praktische Vernunft 57 ff., 62
 Praxen 16, 229, 243, 248 f., 251 f., 256 ff., 268, 270 ff., 279, 285, 293, 295 f., 310, 321, 344 f.
 Praxis(anteil)weitergabe 7, 217, 219, 251 ff., 345
 Praxisinvestitionen 241
 Praxiskosten 297
 Praxisverwesung 265 Fn. 289
 Praxiswert 265
 Preisregelung 291
 Preisvergleichsliste 158
 Presse 109
 Pressefreiheit 51
 Primäres Gemeinschaftsrecht 21
 Privatdozenten 137
 Privatdozentur 138
 Private 105 ff., 113 f., 116 ff., 135, 144, 198, 308
 Privateigentum 252 f.
 Private Krankenversicherung 121, 312 f., 329, 331 ff.
 Private Krankenversicherungsunternehmen 317, 331 f.
 Private Pflichtversicherung 339
 Private Zusatzversicherungen 330, 332, 341
 Privates 111, 116 f.
 Privatfahrer 68
 Privatheit 55, 116 f., 151, 309
 Privatliquidation 228
 Privatnützigkeit 255, 274, 293, 306, 310
 Privatpatienten 129, 156, 179, 228, 279
 Privatpersonen 184
 Privatrechtssubjekte 107
 Privatschule 51
 Privatversicherung 329
 Produktionsmittel 68
 Professoren 41, 97
 Prognosespielraum des Gesetzgebers 237
 Prüfingenieure für Baustatik 269 f.
 Prüfungsausschuß 159
 Psychologische Psychotherapeuten 214 Fn. 813
 Psychotherapeuten 93
 Psychotherapie 239
 Punktmengen 283 f.
 Punktwerte
 – degressiver Punktwert 9, 159, 217, 219, 281 ff.
 – für zahnärztliche Leistungen (bei Zahnersatz und kieferorthopädischer Behandlung) 9, 159, 282 ff., 297
 Qualifikation 77 ff., 82, 158, 162 f., 200, 218 f., 244, 320, 322, 343
 Qualitätskontrolle 131
 Qualitätssicherung 295
 Radiologen 225
 Rahmenverträge über die Arzneimittelversorgung 197, 205, 206 Fn. 769, 212
 Rechengrößen der Sozialversicherung 324
 Rechnungen 313, 316, 318 f.
 Recht 57 ff., 208
 Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit 49, 55
 Rechtsanwälte (siehe auch Anwälte)
 – Abgrenzung vom Gewerbe 70, 72
 – als Ausübende eines Freien Berufs 30, 38, 145
 – als unabhängige Organe der Rechtspflege 72, 82

- Anteil der selbständig Tätigen 85
- Berufsbild 66
- Dienstleistungsfreiheit 219
- Erwartung altruistischer Berufseinstellung 70 ff.
- Geheimhaltungspflichten 80
- im Steuerrecht 26 f.
- in der Lehre von *Heinrich Triepel* 137
- Niederlassungsfreiheit 219
- typische Merkmale 66 ff.
- Verhältnis zu Rechtsbeiständen 78
- Verhängung berufsgerichtlicher Maßnahmen 88
- wirtschaftliches Risiko 101, 163
- Zulässigkeit einer Werbung 76 f.
- Rechtsanwaltskammern 87
- Rechtsbeistände 78
- Rechtsetzung
 - durch Kammern als öffentlich-rechtliche Körperschaften 87 ff., 164, 343
 - durch Tarifverträge 113 f.
- Rechtsgeschäfte 201
- Rechtsnachfolge 253
- Rechtsnormen 113 f.
- Rechtsordnung 306
- Rechtspflege 71 f.
- Rechtsphilosophie 56
- Rechtsprechende Gewalt 115
- Rechtspredung 114 f.
- Rechtsstaat(sprinzip) 65, 229 f., 289, 312
- Rechtsverordnungen 231
- Rechtsweg 182 Fn. 616, 185
- Reformhäuser 203
- Regelgebühren 291, 300
- Regelungsauftrag 259
- Regierung 319 Fn. 87
- Registerstelle 252
- Rehabilitation 134, 337
- Rehabilitationseinrichtungen 240
- Rehabilitationssport 337
- Religionsgesellschaften 97
- Rentenversicherung 324, 333, 346
- Republik 54 ff., 61
- Res publica res populi 116
- Rettungsassistenten 92
- Richter 96 ff., 115, 183, 230
- Richterrecht 230
- Richtlinien 208 ff., 222 ff., 231 f., 233 Fn. 86, 289, 322
- Rundfunksendungen 109

- Sacheigentum 117
- Sachleistungen 120, 122 ff., 125, 130 f., 281, 316
- Sachleistungsanspruch 126
- Sachleistungsprinzip 103, 120 ff., 130, 275, 320
- Sachlichkeit 117
- Sachverständige bei der Abnahme von Kraftfahrzeugprüfungen 105
- Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen 203, 239, 249, 328, 332, 336, 339 f.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 315 f., 321, 328
- Satzungen 100, 164, 232
- Schadensersatz(ansprüche) 166 ff., 180, 188, 191 f., 206
- Schadensersatzpflicht 190
- Schiedsgericht 115
- Schiedsrichterliche Verfahren 115
- Schiedsspruch 115
- Schlechtleistung 166, 169, 181
- Schlichthoheitliche Befugnisse 108
- Schmerzensgeld(anspruch) 191
- Schriftsteller 28, 38
- Schüler 184
- Schülerlotsen 184
- Schuldner 166, 169, 171, 175 ff., 182, 190, 192 f.
- Schuldnerverzug 166
- Schuldübernahme 191, 205
- Schuldverhältnisse 130, 136, 166, 170, 172 f., 180, 186, 205, 212 f.
- Schwangerschaft durch künstliche Befruchtung 337
- See-Krankenkasse 206, 211
- Seeleute 324
- Seelotsen 30, 78, 343
- Selbstabgabestelle für Brillen 135, 310
- Selbständige 40 ff., 324
- Selbstbehalte der Versicherten 156, 317 f.
- Selbsthilfe 112
- Selbstmedikation 203, 318, 344
- Selbstverantwortung 81
- Selbstverwaltung 132, 137, 187
- Sicherstellungsauftrag 134, 278
- Sittengesetz 55 ff.
- Soldaten (auf Zeit) 96 f., 183
- Solidarbeitrag 329
- Solidargemeinschaft 335, 338, 346
- Solidarität 317, 329, 331 f., 334, 341, 347
- Solidarprinzip 339
- Solidarversicherung 339
- Sozialbindung 254, 259
- Soziale Krankenversicherung in den Niederlanden 323

- Sozialgesetzgebung 132, 157, 311
 Sozialisierung des Kassenarztes 311
 Soziallasten 334
 Sozialleistungen 122, 166 f., 335
 Sozialpflichtigkeit 259
 Sozialpolitik 311, 328, 338
 Sozialrecht 328
 Sozialstaat(sprinzip) 52, 301, 311 f., 331 f.
 Sozialversicherung 311, 324, 329, 333, 338 f., 341, 347
 Sozialversicherungsbeiträge 339
 Sozialversicherungsrechtliche Positionen 256 ff.
 Sozialversicherungsschutz 339
 Sozialversicherungssystem 130
 Sozialversicherungsträger 184
 Sozialversicherungsverhältnis 173
 Spitzenorganisation der Apotheker 196, 205 f.
 Spitzenverbände der Krankenkassen 160, 196, 205 f., 282
 Sprachtherapie 208 ff., 213
 Sprechstunden(zeiten) 257, 296
 Staat
 – Aufgabenbereich 112 ff.
 – Begriff 116
 – Beleihung 107 f., 118
 – Bezug zum Freiheitsbegriff 47 ff., 54 f., 59 ff.
 – frühliberaler 22 ff., 343
 – Lehre vom Staat als Privatrechtssubjekt 118, 206 Fn. 770
 – mittelbare Staatsverwaltung 132
 – Organe 114
 – Schadensersatzpflicht 183
 – Ungleichbehandlung von Normadressaten 301
 – Verantwortung für soziale Gerechtigkeit 312
 – Verhältnis zu »staatlich gebundenen Berufen« 137 ff.
 – Verhältnis zum Subsidiaritätsprinzip 308
 Staatlich gebundene Berufe 11, 136 ff., 195, 197 f., 229, 344
 Staatliche Aufgaben 103 f.
 – Formalität 106, 117 f., 132, 142
 – Frage materialer Bestimmbarkeit 112 ff.
 – in bezug auf (zahn)ärztliche Behandlung 119 ff., 133 ff., 146, 310, 312, 320
 – Öffentlich bestellter Vermessungsingenieure 143
 – Übertragung als Voraussetzung einer Beleihung 106 ff.
 – Unterscheidung von öffentlichen Aufgaben 110 ff., 327 f.
 – Unterscheidung von staatlichen Befugnissen 118
 – verfassungsrechtliche Zulässigkeit 142
 – von Notaren 144
 Staatliche Befugnisse 103 f., 117 f., 119, 135, 144, 146
 Staatliche Fürsorge 257, 329
 Staatliche Kompetenzen 308
 Staatliche Organisationsgewalt 138 ff., 327
 Staatliche Zuständigkeiten 309 f.
 Staatliches 111, 116 f.
 Staatlichkeit 55
 Staatsangehörige 218
 Staatsangehörigkeit 218
 Staatsaufgaben (siehe auch staatliche Aufgaben) 106, 115, 141, 338
 Staatsbürger 289
 Staatsgewalt 50, 55, 132, 182 Fn. 617
 Staatshaftung 170 f., 180, 182, 188 f.
 Staatsunrechtshaftung 180
 Staatsverwaltung 132, 135, 187
 Staatsvolk 339
 Staatsziel 312
 Standesaufsicht 200
 Standespflichten 200
 Status negativus 50, 55
 Statushaftung 183
 Sterilisation 337
 Steueraufkommen 338
 Steuerberater 27 f., 30, 74, 78, 82, 85, 88
 Steuerberaterkammern 87
 Steuerbevollmächtigte 27 f., 30, 74, 78, 82, 85, 88
 Steuern 339
 Steuerzahler 346
 Stichprobenprüfungen 244 f.
 Stille Gesellschaft 200
 Stimm-, Sprech- und Sprachbehandlung 209
 Strukturreform im Gesundheitswesen 1 f.
 Studium der Medizin 240
 Subsidiarität(sprinzip) 307 ff.
 Tanztherapie 209
 Tarifpartner 113 f.
 Tarifprivatheit 114
 Tarifrrechtliche Delegationslehre 113
 Tarifverträge 113 f.
 Tarifvertragsparteien 113
 Testierfreiheit 255
 Therapiefreiheit 158
 Therapien 135, 160, 204 Fn. 758, 208
 Tierärzte 27 f., 92 f., 153 f.
 Tierärztekammern 87
 Tierheilkunde 204 Fn. 758
 Typologik 66
 Typus(begriffe) 63 ff., 343

- Übergangsregelungen 226, 248 f.
 Übermaßverbot [siehe auch Verhältnismäßigkeit(sprinzip)] 309 f.
 Übersetzer 27 f., 78
 Überversorgung 6, 217, 221 ff., 229, 231 f., 240, 243 Fn. 153, 247, 250, 270, 344
 Überversorgungsinstrumentarium 6
 Umsatz 201
 Unabhängigkeit 42, 56, 201
 Unerlaubte Handlungen 170, 190 f.
 Unfallrisiken 339
 Unfallverursacher 339
 Ungleichbehandlung 301 ff., 330 f., 345
 Universitätsklinik 240
 Unmöglichkeit 166
 Unternehmen 275, 334 f.
 Unternehmer 39, 184, 279, 334 f.
 Untertanen 319 Fn. 87
 Unterversorgung 222, 279
 Unwirtschaftlichkeit 244
 Urproduktion 67, 69
- Veräußerungsbefugnisse 264
 Veräußerungsverbot 264
 Verantwortlichkeit 181, 183, 189, 201, 335
 Verbände der Ersatzkassen 4, 133, 178, 205 f., 211, 223, 277 f., 281 f.
 Verbandmittel 9, 135, 159
 Verbindlichkeiten 171, 175, 177 f.
 Verdienstausfall 166, 169, 181
 Vereidigte Buchprüfer 27 f., 30, 85
 Vereinigungen 326 f.
 Vereinigungsfreiheit 326 f.
 Verfassung 115
 Verfassungsgeber 234
 Verfassungsgerichtsbarkeit 55
 Verfassungsmäßige Ordnung 49, 55, 327
 Verfassungsordnung 116
 Verfassungsprobleme betreffend Vertrags-(zahn)ärzte 215 ff., 221 ff., 251 ff.
 Verfügungsbefugnis 254 f., 258, 264
 Vergütung von Leistungen 8, 217, 273 f., 276 ff., 289 ff., 314
 Vergütungsansprüche 9, 159, 162, 273 f., 277 f., 283 ff., 290 ff., 295
 Vergütungsbeschränkungen 276, 345
 Vergütungsregelungen 291
 Vergütungsverträge 288
 Verhältnismäßigkeit(sprinzip) 50, 59, 62, 140, 143, 152, 220, 233, 234 Fn. 91, 237, 246, 250, 258, 260 f., 264, 276 f., 280, 293 f., 300 f., 328 f., 339, 344 f.
 Verhältniszahlen 6, 216, 222 ff., 226 f., 229, 232, 235, 274
- Verjährung 171
 Verkehrswert 8, 252, 258, 262
 Vermessungen 141, 144
 Vermessungsingenieure 27, 31 ff., 141, 143 f., 343
 Vermessungsstellen 31 f., 141, 144
 Vermessungswesen 31 f., 141, 144
 Vermögen(ssamm) 330 Fn. 149
 Vermögensteuer 330 Fn. 149
 Vermögenswerte 201, 264
 Verordnungsfähigkeit von Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln 158 f., 203, 208
 Verpachtung 201
 Verrichtungsgehilfen 177
 Verschulden 165, 171, 178
 Versicherte
 - Ansprüche gegen die Krankenkassen 125 ff., 169 ff., 180 ff., 190 f., 192 f., 242, 312, 341, 344 f.
 - ausreichende medizinische Versorgung 313
 - Eigenanteile an den Kosten von Arznei- und Heilmitteln 205, 213
 - Eigenanteile an den Kosten von Zahnersatz und kieferorthopädischer Behandlung 129 ff., 242, 283
 - Eigenbeteiligung 130, 158, 317, 319
 - Eigenleistungen 256
 - Erhalt von Rechnungen 313, 316, 318 f.
 - freie Wahl von Ärzten und Zahnärzten 177 f.
 - Gewährung von Krankenunterstützung 119, 122
 - Grundversorgung 340
 - Gruppenhomogenität 333
 - Haftungsansprüche gegen Kassenärzte 129
 - Inanspruchnahme versicherungsmäßiger Leistungen 121, 136, 313, 315, 317 ff.
 - Kostenbewußtsein 316 f.
 - Krankenhausbehandlung 166 f.
 - Kreis der Versicherten 305, 323 ff., 346
 - »Null-Tarif-Mentalität« 316
 - privatärztliche Abrechnungen 275
 - psychotherapeutische Versorgung 214 Fn. 813
 - riskante Verhaltensweisen 339
 - Schutz vor finanzieller Vorleistung 313 f.
 - schutzbedürftige 329
 - Selbstbehalte 156, 317 f.
 - Therapievorschläge gegenüber Versicherten 160
 - und kollektiver Verzicht auf die Zulassung 273 ff.
 - Verhandlungen über die Vergütung für Leistungen 318

- Versorgung mit Arzneimitteln 197, 238
- Versorgung mit empfängnisverhütenden Mitteln 337
- Versorgung mit Heilmitteln 212 ff., 238, 322
- Versorgung mit Hilfsmitteln 238
- Wahl der Kostenerstattung für Leistungen 316
- Zwangsmitgliedschaft 331
- Versichertengemeinschaft 339
- Versicherung 329
- Versicherungsschutz 329
- Versicherungsträger 167
- Versicherungsunternehmen 313, 331, 340
- Verteilungsmaßstab 99
- Verträge mit Schutzwirkung zugunsten Dritter 205 f.
- Vertragsfreiheit 201
- Vertrags- und Wahlleistungen 340 f.
- Vertrags(zahn)ärzte (siehe auch Ärzte, Zahnärzte)
 - als Angehörige des öffentlichen Dienstes? 95 ff., 184, 186, 195, 344
 - als Angehörige eines »staatlich gebundenen Berufs«? 136 ff., 144 ff., 195, 344
 - als Beliehene? 102 ff., 119 ff., 133 ff., 184, 195, 344
 - als Erfüllungsgehilfen der Krankenkassen? 171 ff., 186, 193, 214, 344
 - als Erfüllungsgehilfen des Staates? 165 ff.
 - als Freiberufler 11, 147 ff., 194 f., 214, 257, 310, 341, 344, 347
 - als Mitglieder Kassen(zahn)ärztlicher Vereinigungen 100
 - als Verwaltungshelfer? 184
 - Altersgrenzen 7 f., 11, 102, 161, 217, 219, 221, 229, 235 ff., 244, 246 f., 251, 267 ff., 344 f.
 - Altersruhegeld 271
 - Altersstruktur 271
 - Altersversorgung 247, 258, 267, 271
 - Assistenten und Vertreter in der vertragsärztlichen Versorgung 157
 - Ausscheiden aus der vertrags(zahn)ärztlichen Versorgung 7 f., 217, 267 ff., 273
 - Ausübung eines Freien Berufs 34, 300
 - Bedarfsplanung 221 ff., 227, 232, 344
 - Bedarfszulassung 6, 215, 221, 223, 226 f., 344
 - Begriff 4 f.
 - Degression 297 ff., 345
 - degressiver Punktwert 9, 159, 162, 217, 219, 281 ff., 345
 - Erfüllung der Pflichten 132, 164
 - Fehlen von Dienstverhältnissen 98 ff.
 - Gefährdungen der Freiberuflichkeit 157 ff., 193 ff., 257, 275, 311, 321, 344
 - Gesamtvergütungen 9, 99, 101, 122, 128, 159, 161, 163, 281 ff.
 - Gewähr der Vertragszahnärzte für Füllungen und Zahnersatz 165, 192
 - Haftung für Behandlungsfehler 129, 165 ff., 169, 181, 188, 191 ff.
 - Höchstaltersgrenzen 229, 267 ff., 345
 - Honorarkürzungen 160
 - kollektiver Verzicht auf die Zulassung 8, 134, 217, 219, 273 ff., 345
 - Konkurrenzschutz 246, 344
 - Leistungen bei Zahnersatz und kieferorthopädischer Behandlung 9, 129 ff., 159, 162
 - Mitgliedschaft in Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigungen 275, 281
 - Nutzung medizinisch-technischer Großgeräte 160
 - Pflichten 273, 276
 - Praxis(anteil)weitergabe 7 f., 217, 219, 251 ff., 345
 - rechtliche Beziehung zu Kassenpatienten 127 ff., 166, 193
 - Rechtsstellung im System der gesetzlichen Krankenversicherung 94 ff., 195, 215
 - Tätigkeiten als eigenständige Berufe? 155 ff., 164 f., 194 f., 228, 268, 274, 344
 - Überversorgung 6, 217, 221 ff., 344
 - Verfassungsprobleme 215 ff.
 - Vergütung für vertragszahnärztliche Behandlung 281 ff.
 - Vergütungsanspruch gegen Kassenzahnärztliche Vereinigung 284 f., 289, 291 f.
 - Vergütungsstruktur 9, 99, 101, 217
 - Vergütungssystem 281 ff.
 - Verordnung von Heilmitteln 213 f.
 - Verpflichtung zur Sorgfalt den Versicherten gegenüber 176, 179, 190
 - Verteilung der Gesamtvergütung durch Kassen(zahn)ärztliche Vereinigungen 101
 - Vorbereitungszeit 248
 - Zahl 101, 216, 236, 238 ff., 243, 270
 - Zulassung(sbeschränkungen) 6 ff., 99 f., 134 ff., 156, 161 ff., 178, 186 f., 196, 215 ff., 221 ff., 251, 256, 260, 263 f., 267, 270 f., 273 ff., 281, 311, 313, 320, 344 f.
 - Vertrags(zahn)ärztliche Versorgung 4 f., 7 f., 95, 99 ff., 124, 128, 132 f., 135 f., 157, 159 ff., 164 f., 168 f., 176 ff., 186 f., 196, 208, 217, 219, 222, 225, 227 ff., 236, 240 ff., 247, 256, 264, 267 f., 273 f.,

- 276 ff., 281, 286, 289, 296, 300, 310, 319, 345
- Vertrags(zahn)arztrecht, Verfassungsmäßigkeit eines eigenständigen 305 ff., 345 f.
- Vertrags(zahn)arztsitze 7, 222, 224 f., 227, 251, 260 ff., 275
- Vertrauensärzte der Sozialversicherungsträger 184
- Vertrauensschutz 152, 248
- Vertrauensverhältnis 42, 45 f., 127, 200, 249 f., 272
- Vertreter 177
- Verwaltungsakte 211, 289
- Verwaltungshelfer 184
- Verwaltungsverfahren 265
- Volk 57 f., 114, 197
- Volksgesundheit 24, 110, 155, 261, 300, 345
- Volksversicherung 323, 346
- Vollziehende Gewalt 140
- Vorbereitungszeit 248
- Vorsatz 171, 181, 189, 191
- Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 135
- Warteliste 252, 260, 264 f.
- Weisungen 40 ff., 45, 81 f.
- Weisungsunabhängigkeit 81 f., 158, 165, 343
- Weiterbildungsmaßnahmen 320
- Werbeverbote 74 ff.
- Werbung
- Begriff 73 f.
 - berufsfördernde Werbung 76
 - Verbot berufswidriger Werbung 73 ff., 343
 - zulässiger Umfang 89
- Werkzeugtheorie 185
- Wertentscheidung 265
- Wertermittlung 262 f.
- Wesensgehaltsgarantie 59, 255
- Wesentlichkeitslehre des Bundesverfassungsgerichts 229
- Wettbewerb 276, 307, 321, 335
- Wettbewerbsfähigkeit 334
- Wettbewerbsfreiheit 334
- Willensautonomie 57 f.
- Willenserklärungen 127, 213 Fn. 805
- Willkür 56 f., 114, 117
- Wirtschaftliche Selbständigkeit 41 ff.
- Wirtschaftlichkeitsgebot 125, 156, 160, 245, 340
- Wirtschaftlichkeitsprüfung 131, 159 f., 244, 245 Fn. 166, 319
- Wirtschaftskammern 88
- Wirtschaftsprüfer 27 f., 30, 78, 82, 88
- Wirtschaftsprüferkammern 87
- Wirtschaftswerbung 74 f.
- Wissenschaften 16 ff., 22, 24, 37, 41, 51 f., 77, 167, 240
- Wissenschaftler 28
- Wissenschaftliche Vorbildung 71
- Wissenschaftsfreiheit 52
- Würde des Menschen 53, 58, 249, 309
- Zahnärzte [siehe auch Kassen(zahn)ärzte, Vertrags(zahn)ärzte]
- angestellte 284
 - Anteil der selbständig Tätigen 85
 - Approbation 152, 162, 311, 345
 - Approbationsalter 265
 - Ausübung der Zahnheilkunde 135, 152 f.
 - Beruf des frei praktizierenden Zahnarztes 156, 165, 194 f., 228, 268, 274, 344
 - Bundesausschuß der Zahnärzte und Krankenkassen 6, 160, 208, 222, 227, 231 ff., 289
 - EG-Ausländer 219
 - ermächtigte 95
 - Geheimhaltungspflichten 80
 - im Gesellschaftsrecht 28
 - im Steuerrecht 27
 - Landesausschüsse der Zahnärzte und Krankenkassen 6, 223 ff., 232
 - niedergelassene 155 f., 228, 232, 249, 270, 279, 311, 315, 318, 320, 345
 - ohne Zulassung zur vertragszahnärztlichen Versorgung 124, 264
 - Pflichtmitgliedschaft in Zahnärztekammern 315
 - Qualifikation für Niederlassung 218 f.
 - Rechnungen 313
 - Therapiefreiheit 158
 - Vergütungsansprüche gegen Versicherte 274, 277
 - Vergütungsbeschränkungen 276, 345
 - Verhältnis zu Dentisten 78
 - Verhältnis zum Medizinischen Dienst der Krankenversicherung 160
 - Zahl der Berufsausübenden 10 mit Fn. 67, 242 f., 318, 320
 - Zahlungsansprüche gegen Versicherte 131, 283
 - zahnärztliche Behandlung 91, 125, 127 ff., 133 ff., 156
 - zahnärztliche Verordnung 91 f.
 - zahnärztlicher Beruf als einheitlicher Beruf 152
 - zahnärztlicher Beruf als Freier Beruf 94
 - zahnärztlicher Beruf im engeren Sinne 152, 154

- zahnärztlicher Beruf im weiteren Sinne 152, 154
- Zahnarztdichte 242 f.
- Zulassungsausschüsse für Zahnärzte 225 f., 247, 258, 261, 265 ff.
- Zahnärztekammern 87, 164, 315
- Zahnarztregister 162, 224
- Zahnersatz 9, 129 ff., 159, 162, 165, 192, 242, 283, 286, 291, 294, 298 f., 329
- Zahnheilkunde 34, 94, 135, 152 f., 204 Fn. 758, 340
- Zahnkronen 159, 165, 283, 299
- Zivilrechtsweg 263, 345
- Zünfte 18, 67
- Zufälligkeitsprüfung 159
- Zulassungsausschüsse 6 ff., 178, 187, 221, 225 f., 247, 251, 258, 261, 265 ff.
- Zulassung(sbeschränkungen) 6 ff., 11, 99 f., 134 ff., 156, 161 ff., 178, 186, 196, 211, 215 ff., 221 ff., 251, 256, 258, 260, 263 f., 267, 270 f., 273 ff., 281, 311, 313, 320, 322, 344 f.
- Zulassungsbezirk 273, 277
- Zulassungssperren 244, 246, 277
- Zulassungsstelle nach dem Umweltauditgesetz 105
- Zumutbarkeit 234, 246 ff., 264, 293, 297, 300 f.
- Zwangsbeiträge 338
- Zwangsbewirtschaftung 263
- Zwangsmitglieder in Körperschaften des öffentlichen Rechts 164
- Zwangsmitgliedschaften 325 ff., 331 f.
- Zwangsversicherung 330
- Zweigapotheke 201 f.

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Alphabetisches Verzeichnis

- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
Böhm, Monika: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
Brenner, Michael: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
Classen, Claus Dieter: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
Danwitz, Thomas von: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
Detterbeck, Steffen: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
Di Fabio, Udo: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
Gröschner, Rolf: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
Häde, Ulrich: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
Holznagel, Bernd: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
Huber, Peter-Michael: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
Lehner, Moris: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
Lücke, Jörg: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
Manssen, Gerrit: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
Morlok, Martin: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
Pauly, Walter: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
Publ, Thomas: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
Schulte, Martin: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
Sodan, Helge: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
Trute, Hans-Heinrich: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.*

